

*Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 12. Juni 1988*

<i>Abstimmungsergebnisse</i>	<i>Ja</i>	<i>Nein</i>
Koordinierte Verkehrspolitik	798'143 45,5 %	954'384 54,5 %
Volksinitiative «für die Herabsetzung des AHV-Alters»	624'154 35,1 %	1'153'550 64,9 %
<i>Stimmbeteiligung</i>	42.0	

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	<i>Seite</i>
Einleitung	3
1. Die Stimmbeteiligung	3
1.1 Die Bestimmungsgründe der Mobilisierung	3
1.2 Das Profil der Beteiligung	5
2. Die Koordinierte Verkehrspolitik - KVP	6
2.1 Das Stimmverhalten nach Merkmalsgruppen	6
2.2 Die Motive für die Stimmabgabe	6
2.3 Die Wahrnehmung ausgewählter Argumente	8
3. Die Initiative für die Herabsetzung des AHV-Alters	10
3.1 Das Stimmverhalten nach Merkmalsgruppen	10
3.2 Die Motive für die Stimmabgabe	11
3.3 Die Wahrnehmung ausgewählter Argumente	12
Hauptergebnisse	14
Anhang: UNIVOX-Thematik	18

Tabelle 1 Die tatsächlichen Resultate\*

	Koordinierte Verkehrs- politik		AHV-Initiative		Stimmbeteiligung
	% Ja	% Nein	% Ja	% Nein	%
CH .....	45.5	54.5	35.1	64.9	42.0
ZH .....	47.8	52.2	35.7	64.3	47.8
BE .....	48.9	51.1	29.7	70.3	39.3
LU .....	43.0	57.0	24.9	75.1	47.0
UR .....	64.2	35.8	26.9	73.1	38.4
SZ .....	34.4	65.6	25.7	74.3	40.2
OW .....	41.3	58.7	18.2	81.8	41.5
NW .....	44.4	55.6	21.1	78.9	41.6
GL .....	48.7	51.3	27.1	72.9	42.2
ZG .....	44.9	55.1	27.6	72.4	60.8
FR .....	33.6	66.4	37.9	62.1	36.1
SO .....	42.3	57.7	36.9	63.1	53.2
BS .....	63.0	37.0	39.9	60.1	42.1
BL .....	50.9	49.1	38.1	61.9	47.4
SH .....	45.8	54.2	37.6	62.4	68.0
AR .....	46.0	54.0	23.9	76.1	47.7
AI .....	36.5	63.5	13.8	86.2	39.8
SG .....	48.4	51.6	28.7	71.3	41.5
GR .....	55.8	44.2	30.7	69.3	38.2
AG .....	41.6	58.4	29.8	70.2	36.6
TG .....	44.5	55.5	26.4	73.6	45.1
TI .....	62.8	37.2	67.4	32.6	42.6
VD .....	34.0	66.0	39.7	60.3	32.6
VS .....	24.4	75.6	28.1	71.9	30.2
NE .....	39.8	60.2	45.0	55.0	39.6
GE .....	40.5	59.5	48.6	51.4	38.6
JU .....	27.7	72.3	65.1	34.9	45.2

\* Bundeskanzlei, August 1988

## Analyse der eidg. Abstimmung vom 12. Juni 1988

Am 12. Juni war das Schweizer Volk an die Urnen gerufen, über zwei Vorlagen zu entscheiden. Die erste stammte von Parlament und Bundesrat und beabsichtigte, eine Koordination der Verkehrsmittel, die innerhalb der Schweiz zirkulieren, in die Wege zu leiten. Die zweite kam von einem Initiativkomitee und verlangte die Einführung neuer Bestimmungen in der Verfassung, um das AHV-Alter zu senken.

Beide Vorlagen wurden weder vom Souverän noch von den Ständen angenommen.

- Die Koordinierte Verkehrspolitik (KVP) wurde mit 54.5 % Nein gegen 45.5 % Ja verworfen. Fünf Kantone oder Halbkantone nahmen sie an: Uri, Basel-Stadt, Tessin, Graubünden und Basel-Land.
- Die Volksinitiative zur Senkung des Rentenalters wurde klarer abgelehnt, nämlich mit 64.9% Nein gegen 35.1% Ja. Nur zwei Kantone stimmten ihr zu: Tessin und Jura.

Jedes Abstimmungsergebnis wirft Fragen auf. Was die Stimmbeteiligung betrifft: Wie sieht das Profil derjenigen aus, die sich die Mühe nahmen, an die Urne zu gehen, und was für Beweggründe hatten sie hierfür. Was die jeweiligen Lager betrifft: Wer hat wie gestimmt? Und schliesslich, was die Diskussion betrifft, ist es interessant, die Argumente kennen zu lernen, auf welche die Urnengänger reagiert haben und die sie dazu gebracht haben, im einen oder anderen Sinn zu stimmen.

Auf diese Fragen gibt die vorliegende Analyse Antworten. Sie basiert auf einer Umfrage, die durch das GfS-Forschungsinstitut in Zürich durchgeführt worden ist, und zwar bei einer Anzahl Personen, ausgewählt nach der Quotenmethode. Die Ortschaften sind nach dem Zufallsverfahren bestimmt worden. Daraus ergeben sich die folgenden Gruppen: 760 Personen in der Deutschschweiz, 247 im Welschland und 56 in der italienischen Schweiz.

### *1) Die Stimmbeteiligung*

Mit einer Beteiligung von 42% war die Partizipation am 12. Juni gleich hoch wie am 5. April 1987, als über das Asylgesetz, das Rüstungsreferendum und das Doppelte Ja abgestimmt wurde. Damals hatte der Urnengang allerdings eine viel leidenschaftlichere Diskussion ausgelöst.

Betrachtet man die Beteiligung über längere Zeiträume hinweg, kann man von rund 30% Stimmberechtigten ausgehen, die stets stimmen gehen. Ebenfalls existiert eine Gruppe von unverbesserlichen Abstanten, die sich nie beteiligen. Die Schwankungen in der Stimmbeteiligung werden also durch eine dritte Gruppe verursacht, den gelegentlichen Urnengängern.

#### *1.1 Faktoren der Mobilisierung*

Es ist üblich, dass an eidgenössischen Abstimmungstagen auch kantonale oder kommunale Abstimmungen stattfinden. Es ist also denkbar, dass gewisse Gegenstände bestimmte Ziel-

Tabelle 2: Die Beteiligung nach ausgewählten Merkmalsgruppen

Merkmalsgruppe	Abweichungen vom Mittel in Prozentpunkten
Geschlecht: Männer	+ 4
Frauen	- 4
Alter: 20-39jährige	- 8
40-64jährige	+ 7
65-84jährige	+ 5
Konfession: reformiert	+ 3
katholisch	- 2
Bildung: Obligatorische Schulen	- 8
Berufsschule	- 1
Gymnasium, Universität	+ 9
Berufliche Stellung: Selbständige; Angest. und Beamte in leit. Stellung	0
Angestellte und Beamte in mittlerer Stellung	+ 1
Angestellte und Beamte in einfacher Stellung	- 7
Landwirte	- 12
Arbeiter	- 3
Erwerbsgrad: voll erwerbstätig	- 2
teil erwerbstätig	- 1
nicht erwerbstätig	+ 3
Autobesitz: Ja	+ 3
Nein	- 9
Eigentumsverhältnisse: Hauseigentum	+ 8
Miete / Pacht	- 6
Wohnort: Grossstädte und Agglom.	- 1
Klein- und Mittelstädte und Agglomerationen	+ 3
Landgemeinden	- 1
Sprachzugehörigkeit: Deutsche Schweiz	+ 5
Französische Schweiz	- 13
Italienische Schweiz	- 1
Parteibindung: FDP (inkl. LPS)	+ 16
SVP	+ 5
CVP	+ 11
SPS	- 2
LdU / EVP	+ 2
POCH, PdA, GB	+ 10
GPS	- 6
NA / Vigil.	0
Keine	- 7

gruppen ansprechen und sie ermuntern, sich auch zu anderen Vorlagen zu äussern. Dies war vielleicht in Zürich der Fall, wo sich fast 49% der Stimmberechtigten beteiligten und eine umstrittene Verkehrsabstimmung stattfand. Sicher nicht gespielt hat dieser Mechanismus in Genf: Zwar wurde über eine seit langem diskutierte Vorlage ('traversée de la rade') entschieden, doch blieb die Beteiligung bei 39% stehen.

Um diese Tendenzen zu bestätigen, haben wir die Befragten mit der Vorgabe konfrontiert, ob sie durch eine der Vorlagen besonders betroffen waren. 26% nannten die Herabsetzung des AHV-Alters, 22% die Koordinierte Verkehrspolitik. Wir können also davon ausgehen, dass die erste mehr Echo fand und dazu geführt hat, dass sich zusätzlich Mobilisierte auch zur KVP ausgedrückt haben.

Eine kleine Einschränkung zu den Befragungsergebnissen muss hier gemacht werden. Zuerst gilt es hervorzuheben, dass die Teilnahme am Interview absolut freiwillig ist. Diejenigen, die sich die Zeit hierfür nehmen, sind in der Regel eher politisch interessiert. Sie fühlen sich durch die Politik mehr angesprochen und gehen auch überdurchschnittlich an die Urne. Entsprechend gaben unter unseren Befragten 60% an, sie hätten sich am 12. Juni am Urnengang beteiligt. Diese Differenz stellt nicht die generellen Ergebnisse unserer Umfrage zu den Urnengängern in Frage, relativiert allerdings die Aussagegenauigkeit unter den Nicht-Urnengängern.

## *1.2 Das Profil der Stimmbeteiligung*

Die Tabelle 2 zeigt uns die Stimmbeteiligung nach wichtigen Merkmalen der Befragten. Wir werden versuchen herauszufinden, wo Änderungen zu vorangegangenen Abstimmungen vorliegen.

- Wiederum lässt sich eine Untervertretung der Altersklassen zwischen 20 und 40 Jahren feststellen. Ihre Beteiligung liegt 15% tiefer als bei den 40-64jährigen und 13% als bei den 65-84jährigen.
- Das Bildungsniveau übt ebenfalls einen starken Einfluss aus. Die Personen, deren Schulbildung nicht über die obligatorische Schulzeit hinausgeht, waren weniger an den Urnen als diejenigen, welche eine höhere Schule besuchen konnten. Die Spanne beträgt hier 17%.
- Wieder einmal heben sich die Welschschweizer durch eine Unterbeteiligung ab. Die Differenz zu den Deutschschweizern beträgt 18%.
- Die Personen, die einer Partei nahe stehen, sind im allgemeinen gut mobilisiert worden. Dies gilt mit Ausnahme der SPS für die grossen, in der Regierungsverantwortung stehenden Parteien besonders.

Das Vorhandensein eines Privatwagens im Haushalt stellt kein wirklich relevantes Merkmal dar in bezug auf die Mobilisierung. Die Beteiligung in städtischen Gebieten war stärker und die Bauern sind ziemlich untervertreten. Andererseits nehmen die Männer eher an Abstimmungen teil als die Frauen, so wie auch diejenigen Personen, die Eigentümer ihres Wohnobjektes sind, im Vergleich zu den Mietern.

Man kann sagen, dass das Profil der Parteipartizipation am 12. Juni ziemlich genau demjenigen vorangegangener Abstimmungen entspricht.

## *2) Die Koordinierte Verkehrspolitik*

Die Stimmenden haben die Vorlage zur Koordinierten Verkehrspolitik von Parlament und Bundesrat verworfen. Das Ergebnis ist mit 54 zu 46 Prozenten relativ knapp. Dies bedeutet jedoch nicht, dass wir es mit zwei völlig gegensätzlichen Blöcken zu tun haben. Die Umfrage erlaubt es, hier zu differenzieren.

Niemand leugnete, dass es sich um eine abstrakte Vorlage handelte. Die wenig konkrete Darstellung der Ziele war dem Verständnis nicht dienlich. Sie war gewiss ein Haupthindernis für die Annahme. Man kann tatsächlich davon ausgehen, dass nur 53% der Befragten gut verstanden haben, worum es ging.

### *2.1 Das Stimmverhalten nach Merkmalsgruppen*

Betrachten wir zuerst die Kantone, so wird ersichtlich, dass die Opposition in der Westschweiz grösser war. Daraus sollte kein schlechter Wille gegenüber den Deutschschweizern im allgemeinen und 'Bern' im speziellen abgeleitet werden. Auch jenseits der Sprachgrenze ist die KVP abgelehnt worden, so im Kanton Schwyz (65% Nein) oder Solothurn (58% Nein).

Die Analyse der Tabelle 3 zeigt uns zuerst eine leichte Tendenz zu verstärkter Ablehnung der KVP in der Altersgruppe zwischen 40 und 64 Jahren. Umgekehrt förderte eine höhere Ausbildung die Zustimmung. Man sieht, dass die Personen mit einfacher Schulbildung stark gegen die Vorlage gestimmt haben. Einzig die Abgänger von Hochschulen akzeptierten die KVP mit 59% recht deutlich.

Die gleiche Tabelle zeigt auch, dass die Ablehnung auf dem Lande stärker war (69%). Diese Opposition ist nicht nur bedingt durch die Bauern, denn sie stimmten ziemlich geteilt. Auch die übrigen Landbewohner stellten sich gegen die KVP.

Man hätte denken können, dass der Autobesitz im Haushalt für die Stimmabgabe determinierend gewesen wäre. In der Tat bleibt diese Gruppe fast im Gleichgewicht. Ganz anders ist die Position der Nicht-Autofahrer. Sie stimmten zu 68% für die KVP.

Nach beruflicher Stellung bemerkt man, dass die Arbeiter die Selbständigen und Angestellten in der negativen Haltung übertreffen. Nach dem Erwerbsgrad ergeben sich kaum mehr Differenzierungen.

Dagegen ergeben sich grössere Unterschiede bei der Parteibindung. Auf der einen Seite befinden sich die Linken und Grünen, auf der andern Seite die bürgerlichen Anhänger. Die Grünen wie die SVP-Basis stimmten dabei am diszipliniertesten im Sinne der Parteiparolen. Verweisen sei auf die geringere Homogenität bei der CVP, dem LdU und der EVP, die grössere Mühe hatten, ihre Haltung zu vermitteln.

### *2.2 Die Beweggründe bei der Stimmabgabe*

Versuchen wir nun, die Beweggründe zu verstehen, welche die Urnengänger bei ihrer Stimmabgabe leiteten. Die Argumentation von Parlament und Bundesrat hatte die Notwendigkeit

Tabelle 3: Die Koordinierte Verkehrspolitik  
Die Abstimmung nach einigen wichtigen Merkmalen

Merkmal	Gruppen	Ja (%)	Nein (%)
Total		46	54
Geschlecht :	Männer	52	48
	Frauen	46	54
Alter :	20-39 Jahre	47	53
	40-64 Jahre	44	56
	65-84 Jahre	50	50
Bildungsniveau :	obligatorische Schulbildung	35	65
	Berufsschule	42	58
	Gymnasium, Universität	59	41
Wohnort :	Grossstadt	52	48
	mittlere Stadt	56	44
	auf dem Land	36	64
Autobesitz :	ja	46,3	54,7
	nein	68	32
Beruf :	Selbständigerwerbende; höhere Angestellte und Beamte	38	62
	mittlere Angestellte und Beamte	51	49
	untere Angestellte	46	54
	Bauern	47	53
	Arbeiter	37	63
Beschäftigung :	vollzeitlich	42	58
	teilzeitlich	57	43
	arbeitet nicht	50	50
Region :	Deutschschweiz	46	54
	Welschland	38	62
	Italienische Schweiz	76	24
Parteihängerschaft :	FDP (inkl. LPS)	33	67
	SVP	28	72
	CVP	56	44
	SPS	69	31
	LdU / EVP	46	54
	GPS	70	30
	Keine	39	61

\* Die Zahlen sind proportional zu den tatsächlichen Ergebnissen berichtigt worden. Die Prozentangaben wurden aufgrund der Stimmenden (Anzahl = 643) gemacht, ohne die ungültigen (3,1%) und die leeren Stimmzettel (4,0%) zu berücksichtigen.

Die NA/Vigilants und die POCH / PdA (17) haben in dieser Umfrage eine zu geringe Anhängerschaft (weniger als 30 Personen), als dass die Zahlen aussagekräftig wären.

einer Koordination hervorgehoben. Dabei sollte vermehrt Rücksicht genommen werden auf die Umwelt und sollten die Spiesse zwischen Schiene und Strasse ausgeglichen werden. Der Wunsch, mit der Einführung des Verursacherprinzips den Benutzer von Verkehrsmitteln dazu zu verpflichten, die entstehenden Kosten auch zu berappen, bildete ein weiteres Argument.

Tabelle 4: Begründung der Entscheidung

<i>Anhänger</i>	
- Aufeinanderabstimmen der verschiedenen Verkehrsmittel	25 %
- Umweltschutz	21 %
- Verbesserung der öffentlichen Verkehrsmittel	15 %
- Der Benutzer soll die von ihm verursachten Kosten tragen	10 %
- Es gilt, die Verkehrsflüssigkeit zu garantieren	5 %
- Man muss den ausländischen Verkehr kontrollieren	1 %
- Die Verkehrsmöglichkeiten mit den isolierten Regionen müssen verbessert werden	1 %
- andere Motive	22 %
	<hr/> 100 %
<i>Gegner</i>	
- Es geht um eine versteckte Steuerpolitik gegen die Autofahrer	20 %
- Man darf Bern nicht zu viel Macht geben	19 %
- Schlechte Vorlage, schlecht formuliert	15 %
- Das ist ein Angriff auf die Freiheit der Wahl des Verkehrsmittels	7 %
- Diese KVP ist unnützlich	6 %
- Sie befasst sich nicht mit dem Problem der Städte	2 %
- andere Motive	31 %
	<hr/> 100 %

Diese Tabelle listet die Hauptgründe auf, die zur Begründung des Stimmenscheids spontan vorgebracht wurden (offene Frage).

*Über Kopf abstimmt !*

Von den Verfechtern der KVP ist diese Argumentation ziemlich treu übernommen worden. Folglich ist es für uns interessanter, die Nein-Sager zu analysieren. Ihre Kritiken erweisen sich eher unbestimmt. Es geht jedoch hervor, dass sie als Autofahrer nicht mehr bereit sind, einen weiteren «Angriff» steuerpolitischer Natur zu tolerieren. Ausserdem lässt sich der Wunsch feststellen, die Kompetenzen des Bundes nicht weiter zu erhöhen. Schliesslich wurde die schlechte oder unklare Formulierung der Vorlage bemängelt.

### 2.3 Wie wurden die Argumente der Kampagne aufgenommen?

Wie schon gesagt worden ist, haben wir es nicht mit zwei homogenen Gruppen zu tun. Es ist nicht so, dass die Gegner für die Argumentation der Verfechter der KVP unnachgiebig blind und taub wären und umgekehrt. Wir werden dies im folgenden aufzeigen. Wir haben den befragten Personen die untenstehende Reihe von Argumenten vorgelegt. Auf diese Weise können wir die Meinung der Stimmenden und der Nicht-Stimmenden besser erfassen.

Was lässt sich feststellen? Zuerst bestätigt uns diese Umfrage, wie stark die Schweizer um den Umweltschutz besorgt sind. Eine bessere Verkehrsführung scheint ihnen eine Massnahme zu seinen Gunsten zu sein. Aber ein Aufeinanderabstimmen dieser Verkehrsmittel scheint auf jeden Fall notwendig, selbst wenn man den Umweltschutz beiseite lässt. Die befragten Personen diskutieren auch das Kausalitätsprinzip nicht, nach dem jeder Benutzer die Kosten, die er verursacht, übernehmen soll. Was jedoch die Freiheit der Wahl des Verkehrsmittels betrifft, gehen die Meinungen mehr auseinander. Einige meinen, in der von Parlament und Bundesrat vorgelegten KVP eine Beeinträchtigung dieser Wahlfreiheit zu entdecken.

Eines der Schlüsselargumente der Kampagne gegen die KVP sprach von den neuen «Angriffen» finanzieller Art gegen das Auto, die stattfinden würden, falls die Koordinierte Verkehrspolitik angenommen würde. Die Gegner lehnen eine Finanzierung der öffentlichen Verkehrsmittel durch das Auto ab, und betrachten jede neue auf das Auto gerichtete Steuerpolitik mit Misstrauen. Betrachtet man aber die Zahlen zur Gesamtzahl der Befragten, kann man feststellen, dass diese Stellungnahmen sogar in der Minderheit diskutiert worden sind, ausser was eine Finanzierung der öffentlichen Verkehrsmittel durch die Automobilitäten betrifft. Erinnert man sich ihrer Haltung gegenüber dem Kausalitätsprinzip, ist dies auch logisch.

Offensichtlich sind die Argumente von Parlament und Bundesrat auf ein wohlwollendes Echo gestossen, viel mehr als es das Ergebnis der Abstimmung hätte ahnen lassen können. Was hat sich denn hier abgespielt? Viel eher als dass es um ein Problem des Inhalts, des Prinzips gegangen wäre, mangelte es der Vorlage an Form.

Zuallererst muss erwähnt werden, dass nur 57% der Stimmenden der Meinung sind, leichten Zugang zur Information gehabt zu haben. Die andern beurteilen das, was ihnen zur Verfügung stand, als ungenügend um sich eine Meinung zu bilden. So kann von 44% der Nein-Stimmenden gesagt werden, dass es Leute sind, die gut verstanden haben, um was es geht, und ebenso 59% der Ja-Stimmenden.

Soll all dies nun heissen, dass die Koordinierte Verkehrspolitik gute Chancen gehabt hätte, angenommen zu werden? Nicht unbedingt. In der Tat zeigten viele Urnengänger eine Reaktion des Misstrauens, welches sich in einer Nein-Stimme äusserte. Dieses Misstrauen scheint offenbar durch ein schlechtes Verständnis des Projekts hervorgerufen worden zu sein. Aber das bedeutet nicht, dass, hätten sie es besser verstanden, sie es auch angenommen hätten.

Tabelle 5: Eingehen auf die Argumente

	Anhänger	Gegner	Alle
<i>Argumente zugunsten der KVP</i>			
- Um die Umwelt zu erhalten, muss die Benützung der Verkehrsmittel organisiert werden.	98 %	89 %	91 %
- Jeder Benutzer eines Verkehrsmittels muss die durch seine Benutzung entstandenen Kosten tragen.	64 %	64 %	62 %
- Die KVP beeinträchtigt die Freiheit der Wahl des Verkehrsmittels nicht.	71 %	50 %	62 %
- Eine koordinierte Verkehrspolitik ist notwendig.	89 %	56 %	66 %
<i>Argumente gegen die KVP</i>			
- Es ist nicht Aufgabe der Automobilisten, eine Politik zugunsten der öffentlichen Verkehrsmittel zu finanzieren.	37 %	69 %	52 %
- Eine übermässige Begünstigung der öffentlichen Verkehrsmittel stellt eine Beeinträchtigung der Wahlfreiheit dar.	22 %	66 %	42 %
- Die KVP wagt sich nicht ans schwerwiegende Problem heran, das heisst an den Verkehr in den Städten.	33 %	52 %	51 %
- Die KVP ist eine Steuerpolitik, die es ermöglicht, neue Steuern zu erheben.	18 %	64 %	39 %

Diese Tabelle gibt den Prozentsatz von Befragten an, die mit den vorgelegten Argumenten einverstanden oder ziemlich einverstanden waren.

### *3) Die Herabsetzung des AHV-Alters*

Die Ausgangslage ist bei der Herabsetzung des AHV-Alters klarer als bei der KVP. Die Stimmenden verwarfen sie mit 65 zu 35 Prozent.

Wir werden sehen, dass die Initiative auch stärker Gegensätze produziert hat. Einmal war die Vorlage eindeutiger; sodann handelt es sich aber auch um einen konkreten Vorschlag mit alltäglichen Auswirkungen. Dennoch blieben gewisse Details offen: Die betrifft vor allem die Finanzierung. Wir werden sehen, dass gerade dies den Gegnern nicht entgangen ist.

#### *3.1 Das Stimmverhalten der Merkmalsgruppen*

Nur zwei Kantone haben die Volksinitiative akzeptiert: das Tessin mit 67% Ja und der Kanton Jura mit 65% Ja. In der Westschweiz ist die Ablehnung – mit Ausnahme des Wallis (72% Nein) etwas weniger stark als in der deutschen Schweiz. Allerdings gibt es auch hier beträchtliche Unterschiede, etwa zwischen Basel und Appenzell.

Die Zusammenstellung des Stimmverhaltens nach ausgewählten Merkmalsgruppen zeigt darüberhinaus:

Einmal mehr lehnten die Rentner die Herabsetzung des AHV-Alters ab. Der Abstand zu den anderen Altersgruppen übersteigt 10 Prozentpunkte.

Die Schulbildung war für das Stimmverhalten unerheblich; alle unterschiedenen Gruppen lehnen die Initiative praktisch gleich stark ab.

Differenzierungen ergeben sich dagegen bezüglich des Berufs: Vor allem die Selbständigen, Bauern und Angestellten / Beamten in leitenden Positionen wendeten sich stärker gegen die Herabsetzung.

Blieben wir noch einen Augenblick beim Erwerbsgrad: Es fällt auf, dass es vor allem die Nicht-Erwerbstätigen sind, die sich gegen eine frühere Pensionierung wenden.

Klassiert nach dem Wohnort kann aufgrund der Resultate ein Unterschied im Verhalten festgestellt werden. Die Städter sind der Initiative weniger abgeneigt als die Landbewohner. Aber es wäre gefährlich, diese Zahlen mit denjenigen unter der Rubrik «Beruf» gleichzusetzen. Es sind ja nicht alle Landbewohner Bauern. Dies zeigt auch die Umfrage deutlich, denn unter der ganzen Anzahl von 1067 befragten Personen befinden sich 43% Landbewohner und 3,3% Bauern.

Die Parteianhängerschaft hätte eigentlich eine Links/Rechts-Spaltung aufdecken sollen (die Initiative stammte aus linken Kreisen). Das hiesse aber doch, die Sache etwas einfach angehen, zumal die Stimmdisziplin nicht perfekt war, wenngleich sie auch stärker als im Fall der KVP war. Die interessanteste Zahl ist zweifelsfrei die der Sozialdemokratischen Partei; sie lässt vielleicht eine gewisse Verwirrung unter deren Anhängern erkennen.

Wir sehen uns nun die Beweggründe bei der Stimmabgabe an, um die Informationen, die uns die Tabelle mit den Ergebnissen nach beruflichen Merkmalen liefert, zu verfeinern.

Tabelle 6: Herabsetzung des AHV-Alters  
Die Abstimmung nach einigen wichtigen Merkmalen

<i>Merkmale</i>	<i>Gruppen</i>	<i>Ja (%)</i>	<i>Nein (%)</i>
Total		34	66
Geschlecht :	Männer	35	65
	Frauen	34	66
Alter :	20-39 Jahre	38	62
	40-64 Jahre	35	65
	65-84 Jahre	24	76
Bildungsniveau :	obligatorische Schulbildung	33	67
	Berufsschule	35	65
	Gymnasium, Universität	31	69
Wohnort :	Grossstadt	34	66
	mittlere Stadt	38	62
	auf dem Land	30	70
Wohnverhältnisse :	Eigentümer	32	68
	Mieter	35	65
Beruf :	Selbständigerwerbende ; höhere		
	Angestellte und Beamte	30	70
	mittlere Angest. und Beamte	41	59
	untere Angestellte	42	58
	Landwirte	21	79
	Arbeiter	40	60
Beschäftigungsgrad :	vollzeitlich	35	65
	teilzeitlich	40	60
	arbeitet nicht	29	71
Region :	Deutschschweiz	30	70
	Welschland	40	60
	Italienische Schweiz	58	42
Parteisympathie :	FDP (inkl. LPS)	24	76
	SVP	20	80
	CVP	25	75
	SPS	48	52
	LdU / EVP	25	75
	GPS	43	57
	Keine	37	63

\* Die Zahlen sind proportional zu den tatsächlichen Ergebnissen berichtigt worden. Die Prozentangaben wurden aufgrund der Stimmenden (Anzahl = 634) gemacht, ohne die ungültigen (1,1 %) und die leeren Stimmzettel (2,3 %) zu berücksichtigen.

### 3.2 Die Beweggründe bei der Stimmabgabe

Das Hauptargument der Gegner war finanzieller Art. Ihrer Meinung nach ist eine Herabsetzung des zum Bezug von AHV-Renten berechtigenden Alters ein Wagnis, das den Beitragspflichtigen zu teuer zu stehen kommen könnte, und sie haben keine Lust, ihre Beiträge erhöhen zu lassen. Diejenigen, die bereits im Genuss der AHV sind, haben ebenfalls befürchten müssen, ihre Renten würden vermindert.

Tabelle 7: Begründung der Entscheidung

<i>Anhänger</i>	
- Lebensqualität steigern	31 %
- Verschiedene persönliche Argumente	25 %
- Die Möglichkeit, Pläne, die sich nicht mit einer Berufstätigkeit vereinen lassen (Hobbies), früher zu verwirklichen	7 %
- Die Schweiz ist genug reich, um sich dies zu leisten	8 %
- Mit andern wirtschaftlichen Bereichen auf gleichem Fusse stehen können	8 %
- Um Arbeitsplätze frei zu machen	5 %
- Andere Motive	16 %
	<hr/>
	100 %
<i>Gegner</i>	
- Das wird viel zu viel kosten	52 %
- Die Ungleichheit der Geschlechter wird beibehalten	10 %
- Der Wunsch, auch nach 62 noch zu arbeiten	8 %
- Das Missverhältnis zwischen Rentnern und Beitragszahlern wird sich verschlechtern	7 %
- Persönliche Argumente, das Projekt findet keinen Gefallen	7 %
- Für eine flexiblere Lösung	6 %
- Bevorzugen der 10. AHV-Revision	2 %
- Andere Motive	8 %
	<hr/>
	100 %

*Diese Tabelle listet die Hauptgründe auf, die zur Begründung des Stimmenscheids spontan vorgebracht wurden (offene Frage).*

Die Beibehaltung der Ungleichheit der Geschlechter gegenüber der neuen Gesetzesvorlage ist ein anderes Problem, das die Gegner aufgegriffen haben. Sie hat überrascht, und 10% der Gegner haben sie nicht toleriert, auch wenn im Text der Vorlage eine Türe offen gelassen worden war, dieses Problem zu regeln.

Die Argumente der Anhänger der Initiative sind weniger klar, sie drehen sich jedoch um eine Verbesserung der Lebensqualität. Ihre Bedenken sind viel weniger ökonomischer Natur; das erste Argument dieser Art kommt erst an 4. Stelle (die Schweiz ist genug reich ...). Und nur 5% von ihnen denken an die Arbeitsplätze, die dadurch frei würden.

Was also die Begründungen des Stimmenscheids betrifft, lässt sich ein Widerspruch zwischen Personen, die der Lebensqualität den Vorzug geben, und solchen, die die Kosten, die das mit sich bringen könnte, beunruhigen, erahnen.

### 3.3 Eingehen auf die Argumente der Kampagne

Schauen wir noch auf die Argumente, mit denen die Kampagne geführt wurde.

Das erste, was man bemerkt, ist der Graben, der die Anhänger von den Gegnern trennt. Im Durchschnitt beträgt diese Differenz mehr als 43%. Wir finden hier das gleiche wieder wie bei den Beweggründen zur Stimmabgabe. Auf der einen Seite haben wir Leute, die die Lebensqualität vorziehen, und auf der andern solche, die zwar zugeben, dass es angenehm sei, früher in Pension zu gehen (55%), aber der Preis für diesen Vorteil scheint ihnen zu hoch. Schauen wir genauer, was das bedeutet.

Die Ansichten gehen dort auseinander, wo es darum geht, ob ein Land genug reich sei, um eine weitere soziale Last von solchem Gewicht tragen zu können. Diese Definition hängt ganz offensichtlich davon ab, wie man die Prioritäten setzt, zum Beispiel was die Landesverteidigung betrifft. Geld von der Armee zu nehmen, um diese neue AHV-Politik zu finanzieren, war auch eines der Argumente des Initiativkomitees. Auch in diesem Punkt gehen Anhänger und Gegner beträchtlich auseinander: 39%.

Aber die Gegner der Initiative gingen in ihrer Argumentation nicht nur vom finanziellen Gesichtspunkt aus. Wasser auf ihre Mühlen brachte die 10. AHV-Revision, die gegenwärtig in Vorbereitung ist. Nach Ansicht des Bundesrates geht diese Revision in die gleiche Richtung wie die Initiative. Ob dies so sei oder nicht, sei hier ausser Betracht gelassen. Es ist jedoch interessant, die Reaktionen auf dieses Argument zu beobachten. Während die Befürworter der Initiative behaupteten, die 10. AHV-Revision begünstige zu sehr die hohen Einkommen, finden sich unter den Gegnern mehr als 33% ohne Antwort darauf. Dies hindert jedoch nicht, dass 68% von ihnen der Ansicht sind, die 10. AHV-Revision stelle eine flexiblere Lösung dar, die dem Einzelfall besser entspreche.

Es wäre aber doch unfair, die Verwirrung in Bezug auf diese AHV-Revision nur bei den Gegnern der Initiative zu orten. Denn bei jedem Argument, für oder gegen diese Revision spricht, variiert der Prozentsatz von Nichtantwortenden zwischen 20% und 34% von allen Stimmenden. Vergleicht man dazu diesen Prozentsatz bei den andern Argumenten, so liegt er zwischen 1% und 15%. Man kann also mit Recht denken, dass die Leute keine sehr klare Vorstellung von dieser 10. AHV-Revision haben.

Tabelle 8: Eingehen auf die Argumente

	Anhänger	Gegner	Alle
<i>Argumente für die Initiative</i>			
- Die Schweiz ist ein genügend reiches Land, um eine Senkung des AHV-Alters tragen zu können.	96 %	19 %	47 %
- Die Möglichkeit, früher in Pension zu gehen, hilft, die Lebensqualität zu verbessern.	93 %	55 %	66 %
- Eine Reduktion der übermässigen Militärausgaben würde genügen, um eine Erhöhung der Beiträge zu vermeiden.	76 %	37 %	55 %
- Die Initiative schlägt eine Verbesserung für alle vor. Dies ist nicht der Fall bei der 10. AHV-Revision, die die hohen Einkommen begünstigt.	48 %	20 %	29 %
<i>Argumente gegen die Initiative</i>			
- Die Initiative würde zu hohe Kosten mit sich bringen.	24 %	85 %	60 %
- Die Initiative wird das Ungleichgewicht zwischen Rentnern und Beitragszahlenden verschärfen.	30 %	76 %	56 %
- Die 10. AHV-Revision wird eine weniger starre Lösung vorschlagen, dem Einzelfall besser entsprechend.	34 %	68 %	52 %
- Die Initiative ist überflüssig, die 10. AHV-Revision geht in die gleiche Richtung.	10 %	50 %	33 %

*Diese Tabelle gibt den Prozentsatz von Befragten an, die mit den vorgelegten Argumenten einverstanden oder ziemlich einverstanden waren.*

## *Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 12. Juni 1988*

---

### *Hauptergebnisse*

Am 12. Juni waren die Schweizer Bürger und Bürgerinnen aufgerufen, sich zu zwei unterschiedlichen Abstimmungsgegenständen zu äussern. Die Koordinierte Verkehrspolitik kam vom Bundesrat und Parlament. Ihr Ziel war es, eine Koordination des Verkehrs im ganzen Lande einzuleiten. Die zweite Vorlage stammte von einem Initiativkomitee und hatte zum Ziel, das AHV-Alter für Männer auf 62, für Frauen auf 60 Jahre zu senken.

Beide Vorlagen sind von der Mehrheit der Stimmenden und der Stände verworfen worden.

Die Koordinierte Verkehrspolitik (KVP) ist mit 54% Nein gegen 46% Ja abgelehnt worden. Dies stellt ein relativ knappes Ergebnis dar. Betrachtet man das Stimmverhalten nach Merkmalsgruppen, finden sich keine auffallenden Unterschiede. Es zeigt sich, dass die Leute sehr geteilt waren, unabhängig von ihrer Tätigkeit oder ihrem Alter.

Um mehr zu verstehen, muss man sich mit der Wirkung der Argumente befassen: Der Vorschlag des Parlamentes und des Bundesrates wird in seinem Prinzip nicht beanstandet. Seine Präsentation und die Unbestimmtheit bezüglich seiner Anwendung haben jedoch eine grosse Zahl von Stimmenden unschlüssig gemacht. Einige glaubten eine finanzielle Falle zu wittern oder einen Angriff auf das Auto. Den Mangel an Präzision haben sie mit einer Nein-Stimme beantwortet.

Die Abstimmungsdisziplin bei den Anhängerschaften der verschiedenen Parteien war ziemlich gut, bleibt aber unter dem Niveau, das bei der AHV festgestellt werden konnte; vermutlich handelt es sich auch hier um ein Symptom von Ratlosigkeit.

Auch die AHV-Initiative fand keine Gnade bei der Wählerschaft. Sie ist mit 65% Nein gegen 35% Ja deutlicher verworfen worden. Hier ist auch die Situation bei den Merkmalsgruppen viel deutlicher; man kann eine ziemlich klare Polarisation erkennen.

Auf der einen Seite gibt es eine Minderheit von Leuten, für welche die Lebensqualität Vorrang gewonnen hat. Andererseits findet sich eine Mehrheit, welche diese nicht bestreitet, die aber nicht geneigt ist, in diesem Bereich ein finanzielles Abenteuer einzugehen. Beide Gruppen gingen die Vorlage von grundsätzlich unterschiedlichen Positionen an.

Für die Befürworter ist die Schweiz ein reiches Land, das sich die zusätzlichen Sozialausgaben leisten kann. Sie sind bereit, das Geld hierzu aus dem Militärbudget zu nehmen. Auch für die Gegner ist die Schweiz ein reiches Land, jedoch nicht in dem Masse, dass eine Zunahme von Rentnern und Rentnerinnen im vorgesehenen Umfang tragbar wäre. Ausserdem zögern sie, das zu diesem Zweck benötigte Geld vom Militär abzuzweigen. Das zunehmende Missverhältnis zwischen Pensionierten und Beitragszahlenden, war für die Gegner ein weiterer Anlass zur Beunruhigung. Auf die entscheidende Frage, «Wer wird das bezahlen?», antworten die Befürworter, dass sich das Problem auch bei der Beibehaltung des Rentenalters stellen würde.

Befürworter und Gegner verteilen sich relativ gut nach Merkmalsgruppen. Immerhin kann man sagen, dass die Initiative bei Rentnern selber auf stärkere Opposition stösst; ähnliches gilt auch auf dem Lande, und hier insbesondere bei den Bauern. Auch die Deutschschweizer erweisen sich der Vorlage gegenüber widerspenstiger.

Schliesslich ist die Abstimmungsdisziplin aussagekräftig. Die bürgerlichen Sympathisanten und Sympathisantinnen zeigen eine klar ablehnende Haltung, während die SP-Anhängerschaft gespalten war.

Die Stimmbeteiligung lag mit 41,5% ganz leicht über dem Durchschnitt. Die Zusammensetzung der Teilnehmenden war jedoch ähnlich wie bei vorhergehenden Abstimmungen. Folgende Merkmale können festgehalten werden:

- eine schwache Mobilisierung der untersten Altersklassen, das heisst der Personen im Alter von 20–39 Jahren;
- eine starke Mobilisierung derjenigen, die eine längere Schulbildung haben;
- die Demobilisierung der Welschen im Vergleich zur deutschen und italienischen Schweiz sowie
- eine gute Mobilisierung der Anhängerschaften der Regierungsparteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten.

Die vorliegende VOX-Analyse ist in Zusammenarbeit zwischen dem GfS-Forschungsinstitut (Zürich) und dem Departement für Politikwissenschaft an der Universität Genf entstanden. Sie basiert auf einer Repräsentativ-Befragung, die unmittelbar nach dem Abstimmungswochenende bei 1066 stimmberechtigten Personen durchgeführt worden ist.

## Département de science politique – Université de Genève

---

Le Département offre un **programme de licence** ès sciences politiques (3 ans) fondé sur deux piliers :

1. **La science politique** et ses différentes branches constitue le pilier principal: analyse des systèmes politiques (systèmes de gouvernement, partis, groupes d'intérêts, processus de décision); fonctionnement des organisations et plus particulièrement des administrations publiques; analyse et évaluation des politiques publiques; analyse des attitudes et des comportements politiques (psychologie politique, rôle des élites, comportement électoral); relations internationales. Ces enseignements portent sur les trois années de licence.
2. **Les disciplines complémentaires**: économie politique (2 ans); droit public (2 ans); méthodes et techniques d'analyse: méthodes de la science politique, statistique et mathématique, utilisation de l'ordinateur, rédaction de questionnaires, analyses des données et de sondages d'opinion, modélisation et simulation sur ordinateur (3 ans); un ensemble d'**autres cours complémentaires** empruntés à d'autres disciplines des Sciences économiques et sociales (par ex.: histoire, sociologie, psychologie sociale).

Après la licence, les étudiants ont la possibilité de se perfectionner dans le cadre du programme du **Diplôme** d'études supérieures en science politique (1 à 3 ans) et de préparer une thèse de **doctorat**.

Le Département poursuit ses recherches dans les domaines suivants :

- politique suisse: élections et votations; syndicats, mouvements écologiques
- les intégrations régionales: partis et groupes en Europe du sud
- les organisations internationales et le nouvel ordre économique international
- la science administrative: la haute administration suisse (fédérale et cantonale), la mise en oeuvre des politiques publiques, les structures administratives cantonales
- l'analyse du langage et de la connaissance politiques: imaginaire et idéologies politiques; épistémologie
- la formation des identités nationales et régionales
- la paix et les conflits
- problèmes méthodologiques en sciences sociales: construction des référentiels temporels; modélisation politico-économique
- les mass medias et la politique

## Principales publications des membres du Département :

ALLAN, P. : «Determinants of Swiss Military Expenditure», in Istvan Dobozi, Clare Keller and Harriet Matejka (eds.). *Small Countries and International Structural Adjustment*, Geneva, IUHEI, 1982.

– *Crisis Bargaining and the Arms Race: A theoretical Model*, Cambridge, Mass., Ballinger, 1983.

ALLAN, P., CLARKE, M., LUTERBACHER, U. : «International Public Policy Analysis : Energy Crises and the Small State», in Michael Don Ward (ed.). *Theories, Models, and Simulations in International Relations*, Boulder and London, Westview Press, 1985.

GERMANN, R., ROIG, CH., URIO, P., WEMEGAH, M. : *Fédéralisme en action : l'aménagement du territoire*, St-Saphorin, Ed. Georgi, 1979.

HORBER, E. : *EDA : Exploratory Data Analysis*, 2 tomes : User's Guide et Applications Manual, Genève et Grenoble 1985. Exploring Aggregate Data, EDP, juin 1987.

KERR, H. : *Parlement et société en Suisse*, St-Saphorin, Ed. Georgi, 1981.

LUTERBACHER, U., CLARKE, M. : «Simulationen der Auswirkungen von internationalen politisch-ökonomischen Einflüssen auf die Schweiz, in P. Staehli, *Wirtschaftliche Landesvorsorge im Rahmen der Sicherheitspolitik*, Bern, Haupt, 1983.

– «Quel futur énergétique pour la Suisse : analyse de quelques scénarios», *Analyses & Prévisions*, Lausanne et Genève, CREA/CRERI, 1983.

MELICH, A. : *Comment devient-on Suisse ? Enfance et apprentissage politique*, Lausanne, Institut de science politique, 1979.

MIRONESCO, C., BOYSAN, T., PAPADOPOULOS, I. : avec une introduction de D. Sidjanski, *Débat sur l'énergie Suisse. Les processus législatifs fédéraux de 1973 à 1983*, Lausanne, Presses Polytechniques Romandes (1986 à paraître).

OSSIPOW, W. : *La transformation du discours politique dans l'Eglise*, Lausanne, l'Age d'Homme, 1979.

REY, J.N. : *Trop d'Etat ?*, Lausanne, Réalités sociales, 1983.

ROIG, CH. : *La Grammaire politique de Lénine : formes et effets d'un discours politique*, Lausanne, l'Age d'Homme, 1980.

– *Symboles et société*, Berne, Lang, 1977.

ROIG, CH., SCHMIDT, H., AYBERK, U., REY, J.N. : *Le syndicalisme de demain*, à paraître en 1986 aux Ed. LEP, Lausanne.

SIDJANSKI, D., ROIG, CH., KERR, H., INGLEHART, R., NICOLA, J. : *Les suisses et la politique*, Berne, Lang, 1975.

SIDJANSKI, D. : *Europe élections : de la démocratie européenne*, Paris, Stanké, 1979.

SIDJANSKI, D., et JACOBSON, H. : *The Emerging International Economic Order*, London, Sage, 1982.

URIO, P. : *Le rôle politique de l'administration publique*, Lausanne, coll. LEP, 1984.

URIO, P., MARKOV, N. : «Les administrations cantonales», in *Manuel système politique de la Suisse*, Vol. III, Berne, Lang, 1986.

URIO, P., ARIGONI, G., BAUMANN, E., JOYE, D. : *Sociologie politique de la haute administration de la Suisse*, à paraître en 1986 aux Ed. Economica, Paris.

## UNIVOX-THEMATIK

### I A Gesellschaft

Ausländerintegration : geforderte Anpassung, Toleranz der Eigenart 1, 86, 88 – Kontaktarmut, soziale Isolation 2, 86 – Formen des Zusammenlebens : allein, Wohngemeinschaft, Altersheim, verheiratet, Konkubinät 3, 86, 87, 88 – Interessengegensätze zwischen verschiedenen Gruppen : Arbeitgeber / Arbeitnehmer, Leuten mit Volksschulbildung / Akademikern, Leuten mit Kindern / Leuten ohne Kinder, Jungen / Alten, Männer / Frauen, Erwerbstätigen / Rentnern 4, 86, 87, 88 – Ehe und Heirat : Sicherheit, Ehe und Konkubinät im Vergleich, Ehe auf Probe 5, 86, 87 – Ansichten zu Beruf und Familie, Rollenteilung, Doppelbelastung Beruf und Haushalt 6, 86, 87, 88 – Ansichten zur optimalen Familiengrösse 7, 87 – soziale Ungleichheit : Einkommensverteilung, Berechtigung von Einkommensunterschieden 8, 87 – Akzeptanz bezüglich des Ausländerstimmrechtes auf Gemeindeebene 9, 88 – Gefühl der Verunsicherung / Orientierungslosigkeit anhand einer Anomie-Skala 10, 88.

### I B Wohnen

Bewertung der Wohnungseigenschaften : Grösse, Komfort, Helligkeit, Miete / Kosten, Verhältnis zum Vermieter / Nachbarn / Quartier, Nähe der Infrastruktur, Umgebung 8, 86, 87, 88 – Standort der Wohnung 1, 86, 87, 88 – Idealvorstellung von Wohnort (Stadt/Land) und Art der Wohnung (Einfamilien-/Mehrfamilienhaus) 2, 86, 87, 88 – Hausbesitz (Wunsch) 3, 86, 87, 88 – Wohnungsmarkt 4, 86, 88 – Rechte der Mieter, Mieterschutz 5, 86, 88 – Anzahl Zimmer der Wohnung 6, 86, 87, 88 – Mietzinsanteil des Einkommens 7, 86, 87, 88 – Stellenwert der Wohnqualität 9, 87, 88 – beabsichtigter Wohnungswechsel 10, 87, 88 – Stellenwert und Nutzung des städtischen Angebots (Einkauf, Freizeit) 12, 87 – Stadtleben : Unterhaltung oder Einsamkeit ? 13, 87 – Wohnungsrenovationen : Aufgabe des Hauseigentümers oder des Mieters ? 14, 88 – Verhältnis Mieter / Hauseigentümer : Gewünschte Konsultationen des Mieters vor Renovationen 15, 88 – Kostenverteilung von Renovationen auf Mieterwunsch : Kostenteilung, Selbermachen, Langzeitmietvertrag, Mieterhöhung 16, 88

### I C Gesundheit

Heutiger Gesundheitszustand 1, 86, 87, 88 – Gesundheitszustand vor einem Jahr 2, 86 – Förderung der eigenen Gesundheit 3, 86 – Einschränkungen im täglichen Leben durch Krankheiten 4, 86, 88 – gesundheitliche Probleme, verschiedene Beschwerden in den letzten 12 Monaten 5, 86 – Belastungen/Veränderungen im Leben 6, 86 – berufliche Belastung 7, 86 – Stellenwechsel 8, 86 – Lebensgewohnheiten : Ernährung, Bewegung, Erholung etc. 9, 86 – gesundheitliche Probleme, verschiedene Beschwerden in den letzten 4 Wochen 10, 87, 88 – Arbeitsstunden pro Woche im Beruf 11, 87, 88 – Arbeitsstunden pro Woche ausserhalb des Berufs 12, 87, 88 – Arbeitsbelastung, Arbeitsdruck 13, 87, 88 – Wunsch nach Arbeitsreduktion und Stellenwechsel 14, 87, 88 – Einstellung gegenüber Gesundheit und Krankheit : Vererbung, Medikamenteneinnahme, Genuss versus Askese, Vorbeugung etc. 15, 87 – Gefühl in Notsituationen allein gelassen zu werden, kein Vertrauen in fremde Hilfe 16, 88 – Soziales Umfeld : Vertrauenspersonen, Wunsch und Realität 17, 88 – Freizeitaktivitäten in Vereinen und Geselligkeit 18, 88

### I D Ausbildung

Wichtigkeit von Erziehungs-, Schul- und Bildungsfragen 1, 87, 88 – Kenntnisse der Einstellung politischer Parteien zu Erziehungs-, Schul- und Berufsbildungsfragen und deren Gewicht bei Wahlentscheidungen 2, 87 – Stellenwert eines Eidgenössischen Fähigkeitsausweises 3, 87 – Stellenwert eines Universitätsdiploms 4, 87 – Bilanz der Schul- und Ausbildungszeit und berufs begleitende Ausbildung 5, 87 – Bewertung von Aussagen / Zielen des schweizerischen Schulsystems und gewünschte Änderungen um diese Ziele zu erreichen : nötiges Allgemeinwissen, kritisches Gesellschaftsbild, Selbsterkenntnis, Berufskennntnisse, beruflicher Aufstieg, Matura möglich für jeden, Diplome nur für die Besten, den neuen Technologien angepasst, Grundkennntnisse 6, 87 – Schulreformen : Notwendigkeit, Ursache von Problemen mit Eltern / Schülern / Lehrern / Schulreform im eigenen Kanton 7, 87 – Stellungnahmen zu : Anzahl Schüler pro Klasse, zweite Nationalsprache in Primarschule, Unterrichtsmethoden in Mathematik, Einführung von Informatik, Lehrplan, obligatorische Schulzeit, Maturitätsalter, Praktika, Aufnahmeprüfungen an Universitäten, Stipendien 7, 87 – Weiterbildung : Besuch von Kursen (von der Firma aus), Initiative, Möglichkeiten zu Kursbesuchen, Hindernisse, Interessen und Nützlichkeit, Wünsche für die Zukunft, Finanzierung der Kurse 8, 88 – Selbstfinanzierung oder Fremdfinanzierung einer Ausbildung 9, 88 – öffentliche Schulen versus Privatschulen : Erfolgchancen der guten, der schwachen Schüler, Unterrichtsmethoden, Schulgelder, Ausbildung der Lehrer, pädagogi-

sche Erziehung 10, 88 – Akzeptanz der Privatschulen 11, 12, 88 – Akzeptanz eines Steuerabzuges bei Ausgaben für Privatschule 13, 88 – Finanzierung der Privatschulen, freie Wahl der Schule 14, 88 – Wissen / Schulbildung: Testfrage 15, 88

### **I E Kultur**

Identifikation mit Objekten verschiedener Epochen / Zeiten 1, 86 – allgemeines kulturelles Interesse 2, 86, 87 – kulturelle Situation in der Schweiz 3, 86, 87 – Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen: Häufigkeit, verschiedene Arten wie Fussballmatch, Chilbi, Alpaufzug, Opernabend etc. 4, 86 – Bewertung der einzelnen Kulturträger 5, 86 – Kulturpolitik der politischen Parteien 6, 86 – Kulturförderung: Aufgabe von Bund / Kantonen / Gemeinden / Privaten 7, 86 – Kulturinitiative 8, 86 – Massnahmen der Kulturpolitik – Einrichtung von Museen / Bibliotheken / Theater, Subventionen für Kulturschaffende und kulturelle Einrichtungen, Verzicht auf öffentliche Unterstützung 9, 86 – Nutzung des kulturellen Angebotes in grossen Städten, in der Region und am Wohnort 10, 87 – Ablehnung des Kredites für die CH 91 11, 87 – Massnahmen der öffentlichen Hand: Förderung von schweizerischen Werken in den Kultursprachen, Dialektförderung, Werkübersetzungen, Steigerung des Kulturteiles in den öffentlichen Medien, Förderung des schweizerischen Films 12, 87 – Künstlerische Fächer an Schulen 13, 87 – Massnahmen zur Verbesserung der finanziellen Situation der Schriftsteller 14, 87 – kulturelle Präferenzen 15, 87 – Nutzen von Aufwendungen für kulturelle Zwecke 16, 87 – Vertrauen in Kulturfragen zu den politischen Parteien 17, 87 – Einfluss von Engagement in Kulturfragen bei Wahlentscheiden 18, 87 – Einschätzung der kulturellen Situation gestern und heute 19, 88 – Interesse an der Kultur, Stellenwert im Leben 20, 88 – Zugehörigkeit zur kulturellen Gemeinschaft: regional, schweizerisch, europäisch, global 21, 88 – Ansichten zu verschiedenen Massnahmen im Kulturbereich: Erhöhung des Kulturteiles in den elektronischen Medien, finanzielle Anreize für den Schweizerfilm, Übersetzung einheimischer Autoren, Förderung der Dialekte, Anreiz für Werke in verschiedenen schweizerischen kulturellen Gemeinschaften, kulturelle Expansion im Ausland / Schaffung von ständigen Zentren 22, 88 – Neue Organisation der CH 92: Pluralismus oder nationale Einheit? föderative Struktur positiv oder negativ? sparsam oder knausrig? 23, 88 – persönlicher Nutzen der Ausgaben für Kultur 24, 88 – Beurteilung der Ablehnung der Olympischen Spiele in Lausanne 25, 88 – Weiterverfolgung der Ziele der Kulturförderung 26, 88

### **I F Freizeit**

Freizeit: Privatsache oder Ausgabe der öffentlichen Hand? 1, 86 – Unterstützung von Initiativen: Schaffung von Grün- und Freifläche für Kinder, Sportanlagen für jedermann, Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, Schulhöfe als Freizeistätten, Parks, Schaffung von Wohnstrassen, Umwandlung von Rasenflächen in Nutzgarten 2, 86 – Einkommen versus Freizeit 3, 86 – Ausgaben im Freizeitbereich: Reisen, Auto, Video, Bücher, Ausgehen, Wohnungseinrichtung, Sportausrüstung, Heimwerken, Weiterbildung, Sparen 4, 86 – Freizeitaktivitäten: Fernsehen, Zeitungen / Bücher lesen, nichts tun, Spazierengehen, Einkaufen, Besuche, Radio hören, Familie / Kinder, Reisen, Garten, Basteln, Sport, Weiterbilden, Nebenverdienst 5, 86 – bevorzugte Tätigkeiten bei Arbeitsreduktion 6, 86 – Zufriedenheit mit Leben, Freizeit und Arbeit 7, 14, 87 – Arbeitszeit 8, 87, 88 – Stellenwert der Freizeit 9, 87 – Ausgaben bei mehr Freizeit 10, 87 – Einschränkungen im Freizeitbereich bei kleinerem Einkommen 11, 87 – wachsendes Freizeitkonsumangebot 12, 87 – Faktoren einer befriedigenden Freizeitgestaltung: Länge der Freizeit, Geld, andere Leute, Wetter, Angebot, Beruf, Eigeninitiative, flexible Arbeitszeit 13, 87 – Häufigkeit der Ausübung einzelner Freizeitaktivitäten: Basteln, Gärtnern, Reparieren, Mitarbeit in Parteien, Vereinen und sozialen Organisationen 15, 87 – Zeitaufwand für Freizeitaktivitäten 16, 87 – Entwicklung des Umfanges der Freizeit 17, 88 – Abgrenzung zwischen Freizeitaktivität und Arbeit: Weiterbildung, Essen, Lesen, Gartenarbeit, Einkaufen, Fernsehen, Körperpflege, Kochen, soziale Tätigkeit, Schlafen 18, 88 – Belastungen in der Freizeit: Verkehrsstau, familiäre Verpflichtungen, Pflichtbesuche, Gedränge / Schlagenstehen, Lustlosigkeit, Lärmbelästigung, schlechtes Fernsehprogramm 19, 88 – Zufriedenheit mit Umfang der Freizeit 21, 88 – Präferenzen bezüglich Arbeitszeitreduktion, Einkommenserhöhung 22, 88 – Präferenzen bei einer individuellen Regelung der Freizeit: Teilzeitarbeit, gleitende Arbeitszeit, unbezahlter Urlaub, Schichtarbeit, flexible Pensionierung, Kompensation der Überzeit als Freizeit 23, 88 – gewünschtes Wochenarbeitspensum 24, 88 – Verwendung von zusätzlicher Freizeit für: Geselligkeit, Familie, Hobby, TV, Weiterbildung, politisches oder soziales Engagement, Reisen 25, 88

### **I G Verkehr**

Emissionen des Verkehrs, Massnahmen zu ihrer Eindämmung 1, 87 – Verfügbarkeit von verschiedenen Verkehrsmitteln: Velo, Mofa, Motorrad, Auto 2, 87 – Erschliessung mit öffentlichen Verkehrsmitteln:

Erreichbarkeit, Bedienungsfrequenz 3, 87 – Prioritäten der Verkehrsgestaltung: Arbeits-, Schul-, Einkaufswege für Freizeit, Wirtschaft und Industrie, Verhinderung von Unfällen, Schutz der Umwelt, Komfort, Strukturpolitik 4, 87 – verschiedene Verkehrsbedürfnisse: Komfort, Erschliessung, Benützung privater Verkehrsmittel, Kosten, Unabhängigkeit vom Fahrplan, Gepäckmitnahme 5, 87 – Bewertung von autofreien Sonntagen, Benzinrationierung, Pfortneranlagen, Geschwindigkeitsreduktion, Öko-Bonus, leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe, Riegel, Sperren 6, 87 – Benützung der verschiedenen Verkehrsmittel für Arbeitsweg, Einkauf, Beruf, Freizeit: Velo, Mofa, Motorrad, Auto, Tram, Bus, Postauto, SBB, Lkw 9, 88 – Vorteile und Nachteile der Motorisierung 10, 88 – Umweltschutz und Auto: Anreize zur Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel, Auto und Freiheit, Umweltschutz als Staatsaufgabe 11, 88 – Beeinträchtigung der Umwelt durch den Verkehr: Gewässerverschmutzung, Lärm, Landschaftsbild, Luftverschmutzung, Zerschneidung von Dörfern und Quartieren 12, 88 – gewünschte Finanzierung der öffentlichen Verkehrsmittel: Tarifpolitik, Steuergelder, Benzinsteuer, Unterhalt der Infrastruktur durch den Staat 13, 88 – Autobenützung 14, 88 – Bereitschaft zu umweltfreundlichem Verhalten: Verzicht auf Autobenützung (öffentliche Verkehrsmittel), Verzicht auf Mobilität, Geschwindigkeitsreduktion, schonendes, rücksichtsvolleres Autofahren, Motorabstellen bei Rotlicht, Katalysator-Autol5, 88 – gewünschte Kostenverteilung im Verkehr: Internalisierung der externen Kosten im privaten und öffentlichen Verkehr, Eigenwirtschaftlichkeit des öffentlichen und privaten Verkehrs 16, 88

## **I H Kommunikation**

Mediennutzung: Fernsehen, Radio DRS, Lokalradio, Tageszeitung, Zeitschriften, Bücher 1, 86, 87 – Nutzung von: Tagesschau / Nachrichten, Informationssendungen, Unterhaltung, Lokalteilen, Illustrierten / Zeitschriften, Fachbüchern 2, 86 – Organisationsform der SRG 3, 86 – Bekanntheit neuer Medien 4, 86 – Nutzung von: Kabelfernsehen, Videorecorder, Satelliten-TV, Videotex, Pay-TV 5, 86, 87 – Zufriedenheit mit Programm von SRG-Fernsehen, ausländischen TVs, SRG-Radio, Lokalradios, Zeitungen 6, 86, 88 – Änderungswünsche in bezug auf Medien und deren Angebote 7, 86 – Bekanntheit des für den Medienbereich zuständigen Departements 8, 86 – Bekanntheit von medienpolitischen Fragen 9, 86 – Nutzung von: Tagesschau / Nachrichten, politischen Informationssendungen, Kultur / Bildung / Wissenschaft, Ratgebersendungen, Sport, Quiz / Spielen, Familienserien, Musik, Abenteuer- und Spielfilmen, Regionalem, Illustrierten / Zeitschriften, Fachbüchern 10, 87 – Mediennutzung: Häufigkeit von Fernsehen, Radiohören, Zeitunglesen 11, 87 – Fernsehempfang durch Antenne / Kabelfernsehen, Teletext, Anzahl Sender, Einschaltquote einzelner Sender 12, 87 – Zufriedenheit mit TV-Angebot, gewünschter Sender für zusätzliche Programme, gewünschte zusätzliche Programme: Aktuelles, Politik, Regionales, Kultur / Bildung / Wissenschaft, Ratgebersendungen, Sport, Quiz / Spiele, Familienserien, Abenteuer- und Spielfilme 12, 87 – Besitz und Nutzung von Videorecordern: Kauf, Entlehnung, Selbstaufnahme 14, 87 – Teleclub-Mitglied 15, 87 – Besitz und Nutzung von Personal Computern: Textverarbeitung, Buchhaltung, Programmierung, Weiterbildung, Spiele 16, 87 – Wichtigkeit / Stellenwert der verschiedenen Medien: schweizerisches Fernsehen und Radio, ausl. TV, Lokalradios, Zeitungen, Zeitschriften, Büchern 17, 88 – Informations- und Unterhaltungswert der einzelnen Medien 18, 88 – Glaubwürdigkeit der politischen Berichterstattung des schweizerischen Radios und Fernsehens, Lokalradio, Zeitungen und Zeitschriften 19, 88 – Unabhängigkeit der Journalisten in diesen Medien 20, 88 – Verständlichkeit der Berichterstattung in diesen Medien 21, 88 – Interesse an Informationen über Lokalpolitik, Politik im In- und Ausland 22, 88

## **II Umwelt**

Usachen des Waldsterbens 1, 86, 87, 88 – Kenntnisse über Vorschriften zum Umweltschutz 2, 86, 14, 87 – technischer Fortschritt, Lösung für Umweltprobleme, Tragbarkeit der Kernenergie Risiken, Notwendigkeit von Verhaltensänderungen, Technologiegläubigkeit, Umweltbelastung als Preis für Wohlstand 3, 86, 88 – Einfluss verschiedener Gruppen im Umweltschutz 4, 86 – gewünschter Einfluss im Umweltschutz von Gewerbe / Industrie, Natur- und Umweltschutzverbänden, Wissenschaftlern / Technikern, Bundesrat / Kantonsregierungen, politischer Parteien, betroffener Bevölkerung, Gewerkschaften 5, 86 – Kostenträger des Umweltschutzes: direkte oder indirekte Steuern? Bereitschaft, Aufschlag auf Einkommenssteuer zu zahlen 6, 86, 87, 88 – Bereitschaft, Mehrkosten für Heizung in Kauf zu nehmen 7, 86, 87, 88 – Staatsausgabenreduktion zugunsten des Umweltschutzes: ja / nein, in welchen Bereichen? 8, 86, 87, 88 – Verhaltensänderungen wegen Umweltschutz (selber / andere), Bereitschaft, eigenes Verhalten zu ändern: Benützung öffentlicher Verkehrsmittel, Motor abstellen bei Rotlicht, Beachtung des Stromverbrauches bei Neuanschaffungen, Unterstützung von Umweltorganisationen, Mitmachen an Umweltschutzaktionen, Verzicht auf umweltschädliche Produkte, Vermeidung von Abfall / Pollution,

Katalysator 9, 86, 87, 88 – zukünftige Gesellschaftsentwicklung : 1. Priorität : Wirtschaftswachstum oder Umweltschutz? Bereitschaft zu Risiken für Wohlstand, menschliche Qualitäten oder Leistungsgesellschaft? menschliche Bedürfnisse oder wirtschaftliche Bedürfnisse? demokratische Entscheidungsstruktur oder Delegation an Behörden? 15, 87 – notwendige Massnahmen der Behörden : Lärmbekämpfung, Gewässerschutz, Raumplanung, Abgasreduktion von Heizungen, Industrie und Autos, Abfallbeseitigung, Landwirtschaft, Energiesparen, Naturschutz, Bodenschutz, Förderung des öffentlichen Verkehrs, radioaktive Strahlung 16, 87, 88 – Informationsquellen über Umweltfragen : Zeitungen, elektronische Medien, Familie / Bekannte, Arbeitskollegen, Fachliteratur, Vorträge, Interessengruppen 17, 87 – Zustimmung / Ablehnung bezüglich des Ausstiegs aus der Kernenergie bis zum Jahre 2025 und des Baus von Kaiseraugst 18, 88 – Raumtemperatur 19, 88 – Abfallbeseitigung (Kompost, Glas, Papier, Batterien) 20, 88 – Velobesitz und Benutzung zum Arbeiten und Einkaufen 21, 88 – Stellenwert der Belastungen durch den Verkehr : Luftverschmutzung, Strassenlärm, Sicherheit 22, 88

## **II A Staat**

Zufriedenheit mit dem Leben (allg.) und der schweizerischen Politik 1, 86, 87, 88 – Erfahrungen mit staatlichen Stellen : Steuerverwaltung, PTT, Gemeindeverwaltung, Verkehrsbetriebe, Polizei, Strassenverkehrsamt, Armee 2, 86, 87 – Einstellung zu Föderalismus, Kollegialregierung, Konkordanz, Milizparlament, Sozialpartnerschaft, Referendum, Volksinitiative, Vernehmlassungsverfahren 3, 86, 87, 88 – dringliches Problem zuhanden des Bundesrates 101, 86, 87, 88 – Fähigkeit des Staates, politische Probleme zu lösen 4, 86, 87, 88 – Ausdehnung der Staatstätigkeit 5, 86, 87 – neue Staatsaufgaben, Gebiete, wo kleinere Staatstätigkeit gewünscht 6, 86, 88 – Aufgabenteilung zwischen Bund / Kantone / Gemeinden : Polizei, Aussenpolitik, Landesverteidigung, Bildung, Kultur, Gesundheitswesen, Umweltschutz, Sozialversicherungen, Raumplanung, Verkehr, Energie, Landwirtschaft, Wirtschaftspolitik, Forschung 7, 86 – Föderalismus : Verbindung für verschiedene Sprachgruppen, Brücke für konfessionelle Gegensätze, Ausgleich zwischen Stadt / Land, Autonomie für Regionen, Ausgleich zwischen arm / reich 8, 87 – Notwendige Stärke des Bundesrates zur Lösung von dringlichen Problemen 9, 88 – staatliche Tätigkeit : gewünschter Weiterausbau bzw. Verminderung 10, 88 – gewünschte staatliche Kompetenzverteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden 11, 88 – Bundesratswahl durchs Volk 12, 88 – Massnahmen zur Entlastung des Bundesrates wie Ausbau des persönlichen Stabes, Staatssekretär zur Übernahme administrativer Aufgaben oder von Repräsentationspflichten, gleichmässige Aufteilung der Bundesämter auf die Departemente 13, 88

## **II B Direktdemokratische Einrichtungen**

Politisches Interesse 1, 86, 87, 88 – Parteisymphathien 2, 86, 87, 88 – Beurteilung der Parteien bezüglich Wirtschafts-, Energie-, Sozial-, Verkehrs-, Umwelt-, Ausländer-, Finanz- und Medienpolitik 7, 86, 87 – Teilnahmeverhalten an Abstimmungen 9, 86, 87 – Entscheidungsgrundlagen vor Wahlen : Parteiprogramme, Sachfragen, Personen 11, 86 – Diskussionshäufigkeit über Politik in Familie, Schule, Freundes- und Bekanntenkreis 8, 86 – Schweizer Stimm- und Wahlrecht und die Einflussmöglichkeiten in der Politik 5, 86 – Einstellung gegenüber Reformen 4, 86 – Machtzentren in der Schweiz : Bundesrat, Parlament, Gerichte, Verwaltung, Wirtschaft und Lobbies, Gewerkschaften, Parteien, Kantone, Volk 6, 86, 87 – Vertrauen in die Regierung 3, 86, 87 – Selbsteinschätzung des politischen Standpunktes zwischen rechts und links 12, 87, 88 – Bereitschaft zur politischen Aktivität : Unterschriften sammeln, Teilnahme an Demonstrationen, Konsumboykott, Streiks, Parolen an Hauswand malen, physischer Widerstand gegen die Polizei, Leserbriefe schreiben, Bekannte in politische Gespräche verwickeln, Bürgerinitiativen 13, 87 – Gewinnchancen verschiedener Parteien bei Wahlen 14, 87 – Stärke der Parteibindung bzw. der Parteibundenheit 15, 88 – Positive Punkte der bevorzugten Partei 16, 88 – Dringlichkeit der Parlamentsaufgaben wie Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, Schutz der Meinungsäusserung, betriebliche Mitbestimmung der Angestellten, Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft, Umweltschutz 17, 88

## **II C Recht**

Rechtskenntnisse : Vereinsrecht im OR, ZGB, BV oder Vereinsgesetz? 1, 86 – Rechtskenntnisse : Rückzugsrecht bei Verträgen, Häufigkeit von Vertragsabschlüssen, Vertragsarten, Verbindlichkeit von mündlichen Verträgen 2, 86 – Wichtigste Aufgabe des Rechts 3, 86 – Stellenwert und Verwirklichung der Rechtsstaatlichkeit in der Schweiz 4, 5, 86 – Vertrauenswürdigkeit von Juristen : Richtern, Verwaltungsjuristen, Anwälten, Notaren, privatwirtschaftlich tätigen Juristen, wissenschaftlich tätigen Juristen 6, 86 – wichtigste Aufgabe des Strafrechts : Vergeltung, Schutz vor Verbrechen oder Wiedereinglie-

derung von Straftätern? 7, 86 – Totalrevision der Bundesverfassung: Notwendigkeit, sprachliche und/oder inhaltliche Revision? 9, 86 – Verhalten im Konfliktfall: Flucht, Gespräch, Gerichtsklage 10, 86 – Beachtung / Einhaltung von Gesetzesvorschriften, Gründe: Angst vor Sanktionen, Autoritätsgläubigkeit, Notwendigkeit für Zusammenleben 11, 86 – Völkerrecht: Unerlässliche Basis für weltweiten Frieden? Erwartungen, Rolle der Schweiz 12, 86 – Vorstellung von Menschenrecht / Grundrecht, Nennung einzelner Menschenrechte 13, 87 – Berechtigung der Einschränkung von Menschenrechten: nie, nur im öffentlichen Interesse, durch Behörden 14, 87 – Verwirklichung der Rechtsgleichheit 15, 87 – Gesetzesfülle: zuviel oder zuwenig? 16, 87 – Bereiche mit zu vielen Gesetzen: Steuerrecht, Strassenverkehrsrecht, Baurecht, Arbeitsrecht, Eherecht, Umweltschutzrecht? Bereiche mit zu wenig Gesetzen 17, 87 – Umweltschutzrecht: Verbote, Anreize, Kontrollen, Strafen 18, 87 – Rechtsunterricht in Schulausbildung, Berufsausbildung, Studium 19, 87 – vermehrte Ausbildung in Rechtsfragen? 20, 87 – Interesse an Rechtsfragen 21, 87 – Mitgliedschaft in verschiedenen Vereinen / Organisationen 22, 88 – Anzahl der Vereinsmitgliedschaften 23, 88 – Mitglied des Vorstandes eines Vereins 24, 88 – Unterstützung durch den Verein 25, 88 – Vorstellung von der schweizerischen Neutralität 26, 88 – Kenntnisse über die Grundlagen der schweizerischen Neutralität 27, 88 – Ansichten bezüglich der Verpflichtungen durch die Neutralität: aktive Landesverteidigung, Verbot der Waffenausfuhr in Krisensituationen, Import militärischen Materials, Abschluss von militärischen Bündnissen, Vermittlung in internationalen Konflikten, Blockunabhängigkeit, Flüchtlingsaufnahme, Entwicklungshilfe, Verhalten der Schweizer im Ausland, Berichterstattung über das Ausland in inländischen Medien, Proteste der Bundesbehörden gegen politische Ereignisse im Ausland, Gleichbehandlung der Handelspartner 28, 88 – Neutralität und Aussenhandel 29, 88 – Beitritt zur EFTA bzw. EG bzw. UNO und die Neutralität 30, 31, 32, 88 – das Wichtigste an der schweizerischen Neutralität 33, 88 – Vorstellung einer nicht neutralen Schweiz 34, 88

## II D Staatsfinanzen

Verteilung der Staatsfinanzen: Entwicklungshilfe, Landesverteidigung, Bildungswesen, Forschung, Altersvorsorge, Gesundheitswesen, Strassenbau, Abfallwirtschaft, Pollution 1, 86, 87, 88 – Massnahmen bei Defiziten von Bund / Kantonen / Gemeinden: Erhöhung der Einkommenssteuer, Kapitalertragssteuer, Umsatzsteuer, Kreditaufnahme oder Reduktion der Ausgaben 2, 86 – Steuermoral im Vergleich zum Beispiel Versicherungsbetrug, Angabe von Nebeneinkommen / Vermögen 3, 86 – Gründe/Rechtfertigung von Steuerhinterziehung: Inflation, zu hohe Staatsausgaben, zu hohe Steuern, Sanktionen, Begünstigung der Reichen durch Steuersystem, Ehrlichkeit, da keine andere Wahl, Risiko, erwünscht zu werden, ist gering, schadet direkt niemandem, Kavaliersdelikt, Bürgerpflicht 4, 86, 88 – Ausgaben im Umweltbereich: zur Information des Verbrauchers, Ausstattung der Behörden zur verbesserten Kontrolle, Förderung der Forschung von Hochschulen / Privatwirtschaft, Umweltverträglichkeitsprüfungen, Beseitigung von Umweltschäden, Subventionierung umweltfreundlichen Verhaltens, Umweltexperten als Berater des Bundesrates 5, 87 – Kenntnisse über staatliche Einnahmequellen: Einkommens- und Vermögenssteuer, Ertragssteuern, Liegenschaftssteuern, Vermögensgewinnsteuern, Verrechnungssteuern, Erbschaftssteuern, Handänderungssteuern, Stempelabgaben, Warenumsatzsteuern, Tabaksteuern, Treibstoffzölle, Motorfahrzeugsteuern 6, 87, 88 – Kenntnisse über Staatsausgaben: Verwaltung, Rechtspflege, Polizei, Beziehungen zum Ausland, Landesverteidigung, Unterricht/Forschung, Kultur, Erholung, Sport, Gesundheitswesen, Umweltschutz, soziale Wohlfahrt, Raumplanung, Verkehr / Energie, Landwirtschaft, Finanzausgaben 7, 87, 88 – Erhöhung / Reduktion der Verkehrsausgaben: Autobahnen / Nationalstrassen, übriger Strassenbau, Leistungsangebot und Tarifierleichterungen des öffentlichen Verkehrs, Bekämpfung der Immissionen, Verkehr allgemein 8, 87 – Nutzen einzelner Aufgabenbereiche: Landesverteidigung, Unterricht / Forschung, Kultur, Erholung, Sport, Gesundheitswesen, Umweltschutz, soziale Wohlfahrt, Verkehr, Landwirtschaft 9, 87, 88 – Akzeptanz einer Energiesteuer 10, 88 – Akzeptanz der Höhe einer Energiesteuer (in Prozenten) 11, 88 – Steuergelder: Bund ist haushälterisch / verschwenderisch 102, 86 – Steuerbelastung in der Schweiz im Vergleich mit dem Ausland 103, 86 – persönliche Bilanz: Steuerbelastung / Staatsleistungen 104, 86, 88

## II E Sozialversicherung

Anteil der Sozialversicherung an der Lohnsumme 1, 86, 88 – Bedrohung des finanziellen Gleichgewichts der AHV 2, 86, 88 – Sanierungsvorschläge für die AHV: Beitragserhöhungen für Arbeitnehmer oder Arbeitgeber, Staatsbeiträge, Rentenkürzungen 3, 86 – ideales Rentenalter für Frauen und Männer 4, 86, 88 – bevorzugte Altersvorsorgesysteme: 3-Säulen-Prinzip versus Volkspension 5, 85 – Anteil der Krankenkassenprämien an Gesundheitskosten 6, 86 – Bereitschaft zum Beitritt bei Gesundheitskassen (HMOs): Um wieviel müsste die Prämie niedriger sein? 7, 86 – Bereitschaft zum Beitritt (HMO), wenn Hausarzt Mitglied wäre 8, 86 – Selbstbeteiligung in der Krankenkassenversicherung: Erhöhung / Sen-

kung, bisherige Regelung, Wahl zwischen verschiedenen Selbstbeteiligungsgraden, Bonus-Malus-System 9, 86 – für/gegen Ausbau der Sozialversicherungen 10, 87 – Kenntnisse über Abzüge im Rahmen der Selbstvorsorge (3. Säule) 11, 87 – zivilstandsunabhängige AHV-Renten 12, 87 – Kinderbonus in der AHV 13, 87 – Dringlichkeit der Freizügigkeit beim Stellenwechsel (Pensionskassen) 14, 87 – obligatorisches Mutterschaftstaggeld: dafür / dagegen 15, 87 – Mutterschaftsversicherung: dafür / dagegen, Finanzierung über Lohnprozente, Steuern, Kopfprämien oder freiwillige Privatversicherung 16, 87 – Konkurrenz der amerikanischen Luxuskliniken nützlich oder schädlich? Stellungnahme zum Recht der Kantone, bestimmen zu können, welche Spitäler Krankenkassenleistungen beanspruchen dürfen 17, 87 – heutiges System der Entschädigung der Ärzte nach Einzelleistungen erhöht die Behandlungskosten: ja / nein, Befürwortung von alternativen Entschädigungsmodellen 18, 87 – Beurteilung des Versorgungsgrades in der Langzeitpflege von Betagten in Spitälern, Heimen, zu Hause, Schutz vor finanzieller Belastung 19, 88 – persönliche Bereitschaft zur Hilfe an Betagten 20, 88 – Zustimmung / Ablehnung bezüglich Einführung einer Langzeitpflegeversicherung auf obligatorischer oder freiwilliger Basis und deren Finanzierung durch Steuern, Prämien, Subventionen 21, 88 – Einsparungsmöglichkeiten in Gesundheitswesen: Spitalbereich, bei den Ärzten, bei den Medikamenten, durch kostenbewusstere Haltung der Patienten 22, 88 – Akzeptanz von verschiedenen Finanzierungsarten für die Sozialversicherungen: Lohnprozente, Einkommenssteuer, Prämien, Verbrauchssteuern 23, 88 – geschätzter Anteil der Alters- und Invalidenrentner an der Bevölkerung 24, 88

### III A Landwirtschaft

Einkaufen: Welches Haushaltsmitglied kauft die Nahrungsmittel? 1, 86 – Nahrungsmittelkauf: schweizerische Landwirtschaftsprodukte im Verhältnis zu ausländischen in bezug auf Preis, Qualität, biologischen Anbau 2, 86, 87, 88 – Erhaltung der Landwirtschaft für Selbstversorgung im Krisenfall 3, 86 – Landschaftspflege: Aufgabe der Landwirtschaft, des Tourismus oder von Landschaftsgärtnern, Erhaltung der Berglandwirtschaft 4, 86, 87, 88 – profitierende Gruppen der Agrarpolitik: Klein-, Grossbauern, Tal-, Berglandwirte, Händler, Grossverteiler, Detailhandel, Tourismus, Konsument 5, 86 – Kostenträger der Landwirtschaftspolitik: Steuerzahler, Konsument, Bund 6, 86 – Förderungswürdigkeit verschiedener Betriebsformen: Gross-, Kleinbetriebe, biologische Betriebe, flächenuabhängige Grossbetriebe 7, 86, 87 – Förderung einer naturnahen Landwirtschaft durch Steuer auf Nahrungsmitteln 8, 87, 88 – Bereitschaft, Milch von mit Hormonen behandelten Kühen zu kaufen 9, 87, 88 – Auswirkungen auf den Konsum von Milchprodukten durch nicht nachweisbare Hormonbehandlungen 10, 87, 88 – biotechnologische und gentechnologische Methoden in Pflanzenanbau / Tierhaltung zur Qualitätsverbesserung von Nahrungsmitteln, Steigerung der Milch- und Mastleistung, Krankheitsverhinderung, Krankheitsbekämpfung, Ertragssteigerung im Pflanzenbau, Sortenverbesserung, Schädlingsbekämpfung 11, 87, 88

### III B Wirtschaft

voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung in der Schweiz 101, 86, 88 – Branchen der schweizerischen Wirtschaft 102, 86, 88 – bedeutendste Schweizer Firmen im Ausland 103, 86, 88 – Ruf der Schweizer Firmen im Ausland 104, 86, 88 – Verhältnis des ausländischen Firmenbesitzes in der Schweiz zum schweizerischen Firmenbesitz im Ausland 106, 86, 88 – Beurteilung von Prosperität, Löhnen und Zukunftschancen in Land- und Forstwirtschaft, Metallindustrie, Textil- / Schuhfabrikation, Handel, Unterricht / Wissenschaft, Versicherungsgesellschaften, Maschinen- / Apparateindustrie, Nahrungs- / Genussmittelindustrie, Chemische Industrie, Verkehr / Nachrichtenübermittlung, Öffentliche Verwaltung, Banken, Gesundheitswesen, Hotellerie / Gastgewerbe, Uhrenindustrie, Bauwirtschaft, Holz / Möbelindustrie, Papierindustrie 108, 86 – Beurteilung der Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft 109, 86, 88 – Gebiete, wo die schweizerische Wirtschaft führend ist 110, 86, 88 – Gebiete, wo die schweizerische Wirtschaft nicht mehr an der Spitze ist 111, 86, 88 – Welche Produkte werden in der Schweiz besser produziert als im Ausland? 112, 86, 88 – Konjunkturabhängigkeit, persönliche Auswirkungen bei schlechter Konjunktur 114, 86, 88 – Branchen / Firmen mit gesellschaftlichem Engagement 115, 86 – Assoziationen zu «Wirtschaft»: Persönlichkeiten, bekannte Firmen 131, 87 – Bekanntheit von Dollarkurs 132, 87 – Bekanntheit von Mitgliedschaft der Schweiz in der EFTA, Informationsquellen für Wirtschaftsfragen 133, 87 – Schätzung der Mitarbeiterzahl von schweizerischen Grossfirmen 134, 87 – Bekanntheit der grössten Gewerkschaft der Schweiz 135, 87 – Schätzung der Arbeitslosenzahl in der Schweiz 136, 87 – Interesse an Themen in den Medien: Weltgeschehen, Eidgenossenschaft, Region, Wirtschaft, Sport, Unfälle / Verbrechen, Auto, Medienprogramme, Wissenschaft / Forschung, Ferien / Reisen, Kultur, Roman, Film, Bücher, Religion 137, 87 – quantitatives und

qualitatives Wachstum und ihre Förderungswürdigkeit 139, 87 – Hauptvorteile und Hauptnachteile eines EG-Beitrittes 167, 88

### III C Arbeit

Arbeit und Leistungsbereitschaft 1, 86 – Verzicht zugunsten der Arbeit, auch im Verhältnis zum Verdienst 2, 86, 87, 88 – Vor- und Nachteile der Berufsarbeit: Betriebsklima (Mitarbeiter / Vorgesetzte), Selbständigkeit, interessante Tätigkeit, Einrichtung des Arbeitsplatzes, Sozialleistungen, Verdienst, schlechte Luft, Gehetze, körperliche Anstrengung, Aufstiegsaussichten, psychische Belastung, Monotonie, Verantwortung, Staub, Schmutz, Lärm, Gefahren, Witterungsabhängigkeit 3, 86, 87 – Zufriedenheit mit der Zahl der Arbeitsstunden 4, 86, 87 – Arbeitsmotivation: Selbstverwirklichung, Verdienst, Zufriedenheit 5, 86 – Führungsstil der Vorgesetzten: Befehlen oder Überzeugen 6, 86 – Prioritäten bei der beruflichen Arbeit: Aufstiegsmöglichkeiten, Verantwortung, Sozialleistungen, Sicherheit des Arbeitsplatzes, Verhältnis zu Arbeitskollegen, Lohn, Anerkennung, Vorgesetzte, Kreativität, Führungsaufgaben, Mitgestaltung des Arbeitsplatzes, Entwicklungsmöglichkeiten der eigenen beruflichen Fähigkeiten, regelmässige Arbeitszeit, gesellschaftliches Ansehen, Weiterbildungsmöglichkeiten, interessante Aufgaben 7, 86, 87, 88 – Computer am Arbeitsplatz 106, 86 – Vor- und Nachteile des Computers 107, 108, 86 – ideales Pensionsalter: Rentenkürzung, flexible Altersgrenze, bisherige Regelung 8, 87 – Einschätzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts: Nutzen oder Schaden? 9, 87, 88 – Interesse an technischen Neuerungen 10, 87, 88 – Arbeitszeitreduktion bei gleichem Lohn: Bisheriger Zustand, 40-Stunden-Woche oder zusätzliche Ferienwoche 11, 87 – Mitbestimmung in den Betrieben und ihre Auswirkungen: Arbeitsplatzgestaltung, Anstellungen, Beförderungen, Betriebsordnung, Personalführung, Arbeitszeit, Löhne, Unfallverhütung / Hygiene, Verkaufskonditionen, Absatzorganisation, Entwicklung neuer Produkte, Kauf von Maschinen, Gebäuden, Finanzen 12, 87 – Betroffenheit von Bildschirmarbeit 13, 88 – Ansichten zu persönlichem Arbeitseinsatz, Bedrohung durch AKWs, Notwendigkeit von AKWs und Computern 14, 88 – Risikobereitschaft und technischer Fortschritt 15, 88 – zunehmende Anwendung von Computern: Vereinfachung bzw. Komplizierung durch Computer, Einfluss auf Selbstentfaltung, zwischenmenschliche Kontakte, Kreativität und Belastung 16, 88

### III D Markt

Begriff Markt, Bekanntheit verschiedener Märkte 1, 86 – Bezeichnung des schweizerischen Wirtschaftssystems und des Systems sozialistischer Länder, Begründung 2, 86, 87 – Urheber der tiefgreifenden Einschränkungen der Marktwirtschaft in der Schweiz 3, 86, 87 – Einstufung der Schweiz zwischen freier Marktwirtschaft und zentraler Planwirtschaft 4, 86, 87 – Bekanntheit von Monopolen und Kartellen in der Schweiz 5, 86 – Einstellung zu Monopolen und Kartellen: Nutzen oder Schaden? 6, 86 – Konsumentenschutz: Notwendigkeit oder Selbstverantwortung? 7, 86 – Anschaffungen in den letzten zwölf Monaten wie Auto, Hifi / Stereoanlage / TV / Video / CD, Auslandsferienreise, Bankkonto, Versicherungspolice, elektrisches Haushaltgerät, Kleid / Anzug, Wohnungseinrichtung oder PC 8, 88 – Benutzte Informationsquellen / -arten vor der Kaufentscheidung wie Zeitungsinserate, Besuchen von Geschäften, Rat von Bekannten, Prospekte, Kataloge, Preislisten, schriftliche Offerten, Vergleich von Konkurrenzangeboten, TV-Werbung, Ausstellungen, Kurse, neutrale Testberichte, Verkaufsberatung (aufgeschlüsselt nach den verschiedenen Anschaffungen) 9, 88 – Notwendigkeit / Berechtigung von Staatseingriffen in die Wirtschaft: In welchen Bereichen, in welchen nicht? 10, 87 – Einstellung zur Werbung: Schaffung neuer Bedürfnisse oder Erhöhung der Markttransparenz? 11, 87 – Vorstellung der Kriterien zur Preisbildung 12, 87 – Beachtung von Testresultaten der Konsumentenschutzorganisationen: gekaufte, nicht gekaufte Produkte 14, 87 – Preisüberwachung: Einstellung und persönliche Betroffenheit 15, 87 – Vorstellungen / Kenntnisse über die Börse 16, 88 – gewünschte Informationen über die Börse 17, 88 – Einstellung bezüglich der Einschränkung der Handels- und Gewerbefreiheit am Beispiel der Werbung für Rechtsanwälte und Ärzte 18, 88 – Zufriedenheit mit erworbenen Produkten, Verhalten bei Mängel, Anlaufstelle für Reklamationen, Erfolg von Beanstandungen 19, 88

### III E Geld

verschiedene Geldformen 1, 86, 87, 88 – Kenntnisse bezüglich Golddeckung des Schweizer Frankens 2, 86 – gewünschte Höhe der Golddeckung des Schweizer Frankens 3, 86 – Voraussetzungen für Geldwert-erhaltung 4, 86 – Inflationsursachen 5, 86 – Beurteilungen ausländischer Währungen: BRD, Frankreich, Italien, Österreich, Schweden, Grossbritannien, USA, UdSSR, Japan 6, 86 – verschiedene Sparformen 7, 86, 87, 88 – persönliche Spartätigkeit: Art der Ersparnisse, Sparziele 8, 86 – Inflationsrate in der Schweiz 11, 87, 88 – Bedeutung der Inflation 12, 87, 88 – Ursache der Inflation: instabile Wirt-

schaft, Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung, schwache Währung, Import-Export-Ungleichgewichte, Geldmengenerhohung 13, 87, 88 – Geldschaffung, Wertbestimmung des Geldes: Nationalbank, Grossbanken, Banken allgemein, Regierung, Volk, andere 14, 87, 88 – Sparen allgemein: sinnvoll oder nicht? 15, 87, 88 – Assoziationen zu «Sparen» 16, 87, 88 – eigene Spartätigkeit: ja / nein 17, 87, 88 – eigene Sparformen: Sparbuch, Versicherungen, Obligationen, Aktien, Edelmetalle, Immobilien, Einschränkung des Konsums 18, 87, 88 – wichtigste Sparmotive: Altersvorsorge, Notfälle, Kinder, Sicherung der Unabhängigkeit, Vermögensbildung, Ausbildung, grosere Anschaffungen 19, 87 – Gründe / Motive für Nicht-Sparen 20, 87 – verwendete Zahlungsmittel: Bargeld, Checks, Aufträge vom Konto, Einzahlungen, Kreditkarten 21, 87, 88 – Stellenwert verschiedener Lebensbereiche: Geld / Wohlstand, Umweltverhältnisse, Familie, Frieden, persönliche Sicherheit, Politik, Wirtschaft, Staat, Freunde 22, 87, 88

### III F Sicherheit und Versicherung

Gefühl der Bedrohung durch Verkehrsunfälle, Unfälle am Arbeitsplatz, Kriminalität, Wohnungskundigung, Arbeitsplatzverlust, Inflation, wirtschaftliche Notlage im Alter, Krankheiten, technische Entwicklung, Komplexität der Welt / eigene Ohnmacht, politische Veränderungen, Überfremdung, Atomkatastrophe, Krieg, Zersiedelung der Landschaft, Energieverknappung, Pollution, Lärm, Hetze, Stress, Verlust der Religion, allgemeiner Sittenzerfall, Alleinsein, persönliche Probleme 1, 86, 87, 88 – Rolle des Staates im Bereich der Vorsorge und Versicherung: Ausbau oder Abbau? 2, 86, 87 – Faktoren der persönlichen Sicherheit: Arbeit, Partnerschaft, Familie, private Vorsorge / Sparen, Freunde, Freizeitbeschäftigung, Pensionskasse, Einkommen, Versicherungen, politische Stabilität, Religion, eigene Ziele, Vermögen 3, 86, 87, 88 – persönliche Versicherungen: zuviel oder zuwenig? 4, 86, 87 – Assoziationen zu «Versicherungen» 5, 86, 87 – Ausbau des Versicherungsnetzes: Eigenvorsorge oder zunehmender Versicherungsschutz 6, 86, 87, 88 – Stellungnahme zu Versicherungsbetrug 7, 86, 87, 88 – Kenntnisse über persönliche Versicherungen 8, 86, 87 – Bereitschaft Versicherungen bei verschiedenen Stellen abzuschliessen: Vertreter einer Versicherungsgesellschaft, Makler, aufgrund von Werbebrief mit Antwortkuvert, am Bankschalter, beim Besuch in der Versicherungsagentur 9, 88 – Akzeptanz von Versicherungseinkauf mittels Kreditkartenautomat 10, 88 – Akzeptanz / Präferenz bezuglich verschiedener Institutionen zur Altersvorsorge: Bank, Versicherung, Staat (freiwillig oder obligatorisch), Wertpapiere, Immobilien, Sparen, Betrieb, Kinder, Edelmetalle, Schmuck 11, 88 – Verhalten bei Versicherungsabschluss, Verständnis der Police 12, 88 – Kontakt mit Versicherung im Schadenfall und dessen Beurteilung 13, 88 – Präferenzen bezuglich Prämienhöhe und Selbstbehaltohe 14, 88 – Bereitschaft zum Abschluss einer Versicherung bei einer ausländischen Versicherung 15, 88

### IV A Freiheit

Land der Wahl / Begründung: Schweiz oder Ausland? 1, 86 – Gefühl der persönlichen Freiheit: Notenskala 2, 86 – Assoziationen zu «Freiheit» 3, 86 – gewünschte Freiheitsbereiche 4, 86 – Gefühl der persönlichen Freiheit / Unabhängigkeit, Beurteilung der Situation im Nachbarland, Benachteiligte in der Schweiz in bezug auf politische Freiheit, Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, kulturelle Freiheit, wirtschaftliche Freiheit, Berufswahlfreiheit, Gewerbefreiheit, Niederlassungsfreiheit, korpeliche Freiheit 5, 86 – Gefühl der persönlichen Freiheit und die Bedeutung für das persönliche Wohlergehen, Gefahr der Benachteiligung für Minderheiten (gleiche Gliederung wie Frage 5, 86) 9, 87 – Ursachen der Einschränkung der persönlichen Freiheit 101, 87 – Bereiche der Einschränkung der persönlichen Freiheit 6, 87 – Gründe / Ursachen für Zunahme der Gesetze / Vorschriften 7, 87 – Bereiche, wo Rücksichtnahme auf andere nötig ist 8, 87 – Gefühl der persönlichen Freiheit / Unabhängigkeit in bezug auf politische Freiheit, Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, kulturelle Freiheit, wirtschaftliche Freiheit, Berufswahlfreiheit, Gewerbefreiheit, Niederlassungsfreiheit, korpeliche Freiheit, persönlicher Inhalt dieser Freiheiten, Beispiele für Einschränkungen in den einzelnen Freiheiten 10, 88

### IV B Verteidigung

Kräfteverhältnis in Europa: Sowjetunion mit Verbündeten, USA mit Verbündeten 1, 86, 88 – weltpolitische Lage in den nächsten 5 Jahren 2, 86, 88 – Kriegsgefahr in Europa in den nächsten 5 Jahren 3, 86 – potentielle Verursacher eines möglichen Krieges 4, 86, 88 – Wahrscheinlichkeit (in der Schweiz) von Terroranschlägen, Naturkatastrophen, Krieg mit Atomwaffen, Krieg mit konventionellen Waffen, Krieg mit chemischen / biologischen Waffen, wirtschaftlicher Erpressung, Energieverknappung 5, 86, 88 – Notwendigkeit der Armee in der Schweiz 6, 86, 88 – Verteidigungsausgaben in der Schweiz: zu hoch oder zu niedrig? 7, 86, 88 – Fähigkeit sicherheitspolitischer Instrumente in der Schweiz: Ausssen-

politik, Armee, Zivilschutz, wirtschaftliche Landesvorsorge, Staatsschutz 8, 86 – Meinungen zur Armee: Abhaltung fremder Mächte vor Angriff auf die Schweiz? Armee keine Chance in Krieg mit Atomwaffen bzw. mit konventionellen Waffen? 9, 86, 88 – Chancen der Armee, ihren Auftrag zu erfüllen in bezug auf zahlenmässige Stärke, Ausbildungsstand der Truppen, Können der militärischen Führung, Bewaffnung, Ausrüstung, Mobilmachung, Gelände, künstliche Geländeverstärkungen, Gewährleistung des Nachschubs 10, 86, 88 – Verteidigungswert der Schweiz 11, 86 – Verwirklichung von Werten in der Schweiz: persönliche Freiheit, demokratischer Rechtsstaat, Solidarität mit Benachteiligten, Zusammenhalt des Volkes, nationale Unabhängigkeit 12, 86, 88 – Kampfwille der Armee, Widerstandswille der Zivilbevölkerung 13, 86 – Unterstellung der Rüstungsausgaben unter Volksabstimmung: dafür / dagegen 14, 86 – geleisteter Militärdienst 15, 86, 88 – Notwendigkeit des Zivilschutzes 16, 87 – Fähigkeit des Zivilschutzes, Bevölkerung zu schützen in Nuklearkrieg, Krieg mit chemischen Waffen bzw. mit konventionellen Waffen, in anderen Katastrophen 17, 87 – Informationsquellen bei Sirenenalarm 18, 87 – Schätzung der Kapazität aller Zivilschutzräume 19, 87 – Zivilschutzvorbereitungen der Schweiz im internationalen Vergleich 20, 87 – Problembewältigungskapazität der Behörden (Krieg, Katastrophen) 21, 87 – gewünschte Informationspolitik der Behörden im Kriegsfall 22, 87 – Wahrscheinlichkeit der Bedrohung durch militärische Spionage, andere Spionage, Sammeln von Informationen, Unterwanderung von Staat, Wirtschaft und Medien, Sabotage und Terror 23, 87 – Auslandsabhängigkeit der Schweiz in bezug auf Nahrungsmittel, Energie und Rohstoffe 24, 87 – potentieller Selbstversorgungsgrad bezüglich Nahrungsmittelproduktion 25, 87 – Aufwendungen für die Gesamtverteidigung: Armee, Zivilschutz, wirtschaftliche Landesversorgung, Massnahmen gegen Spionage, Terror, Aussenpolitik 26, 87 – Notwendigkeit der Mitwirkung von Frauen in der Gesamtverteidigung 27, 87 – Vorstellung der möglichen Formen der Auseinandersetzungen im Kriegsfall (atomare, chemische, biologische und konventionelle Waffen) 28, 88

#### **IV C Versorgung** noch nicht definitiv

#### **IV D Welt**

Sachbereiche erwünschter internationaler Zusammenarbeit: Natur- / Umweltschutz, Teuerungskämpfung, Massnahmen gegen Arbeitslosigkeit, Energieversorgung, militärische Verteidigung, Entwicklungshilfe, Forschung für die Wirtschaft, Förderung der Kultur, Erschliessung neuer Absatzmärkte 1, 86, 87, 88 – Distanzierung / Annäherung an andere Länder, Partnerpräferenz für Zusammenarbeit: Frankreich, Italien, Österreich, BRD, USA, UdSSR, Nigeria, Saudiarabien, Brasilien 2, 86, 87, 88 – Zukunftserwartungen in bezug auf Krieg und Frieden 3, 86, 87, 88 – Sachbereiche wahrgenommener Auslandsabhängigkeit: Konjunktur, Waldsterben, Drogenproblem, Generationenproblem, Preisschwankungen, Gefährdung der Unabhängigkeit, industrieller Erfindungsgeist, politische Strömungen und Ideen 4, 86, 88 – Zukunftserwartungen in bezug auf Auslandsabhängigkeit der Schweiz 5, 86, 88 – Intensität nationaler Missionsvorstellungen / Präferenzen für nationale Rollen: Zusammenleben verschiedener Völker, Demokratie, Humanität (Asyl, Spenden), Fleiss / Ordnungsliebe / Sauberkeit, Neutralität / Vermittlung 6, 86, 88 – Zufriedenheit mit der Aussenpolitik allgemein und in Teilbereichen, gewünschte Änderungen: Entwicklungshilfe, Proteste gegen Menschenrechtsverletzungen, Vermittlungsdienste, Asylpolitik, Hilfe an Flüchtlingslager, Überprüfung ausländischer Gelder in Schweizer Banken, Koordination von Umweltschutzmassnahmen, bundesrätliche Reisen, Verteidigung des Bankgeheimnisses, Stellungnahme gegen Diktaturen, Exporthilfe für Entwicklungsländer, Einigung Europas, Schutz einheimischer Produkte vor ausländischer Konkurrenz, Mitarbeit in internationalen Organisationen, Informationspolitik über Aussenpolitik 7, 86, 87, 88 – Relevanz nationaler, europäischer und globaler Bezugsrahmen: Selbstverständnis als Europäer, Weltbürger und Schweizer 8, 87 – Präferenz für kognitive Weltkarten, Grad an Wert-Pluralismus: Nord-Süd-Konflikt, Ost-West-Konflikt, klassisch machtpolitisches Weltbild 9, 87 – Motive internationaler Zusammenarbeit: Eigennutz, nach Zielvorstellungen, Schicksalsgenossenschaft 10, 87

#### **X Allgemein**

Wichtigkeit verschiedener Lebensbereiche: Ernährung, Wohnung, Schlaf, Gesundheit, Bekleidung, Arbeit / Beruf, Familie, Verwandtschaft, Freunde, Umwelt, Kultur, Bildung, Politik, Religion, Sport, Freizeit, persönliche Sicherheit, Geborgenheit, Gefühl, geachtet zu sein, Komfort, Lebensziel 104, 86, 87, 88

## Leben in der Schweiz

<i>Gesellschaft</i> Univ. Zürich	Prof. H.J. Hoffmann-Now. PD Dr. F. Höpflinger
<i>Wohnen</i> ETH Lausanne	Prof. M. Bassand Dr. D. Joye
<i>Gesundheit</i> Univ. Bern	Prof. T. Abelin Dr. H. Noack
<i>Ausbildung</i> Univ. Genève	PD Dr. P. Weiss
<i>Kultur</i> Univ. Lausanne	Prof. R. Ruffieux A. Thurler
<i>Freizeit</i> Univ. Bern	Prof. J. Krippendorf P. Saxenhofer
<i>Verkehr</i> ETH Zürich	Prof. C. Hidber N. Bischofberger
<i>Kommunikation</i> Univ. Zürich	Prof. U. Saxer Dr. H. Bonfadelli
<i>Umwelt</i> Univ. Lausanne	Prof. P. Knöpfel

## Staatliche Gemeinschaft

<i>Staat</i> Univ. Zürich	Prof. U. Klöti F.X. Risi
<i>Direkte Demokratie</i> Univ. Bern	Prof. W. Linder C. Longchamp
<i>Recht</i> Univ. Basel	Prof. G. Schmid
<i>Staatsfinanzen</i> H'schule St. Gallen	Prof. A. Meier S. Haury
<i>Sozialversicherung</i> Univ. Basel	PD Dr. J. Sommer Dr. M. Wechsler

## Wirtschaftliches Fundament

<i>Landwirtschaft</i> ETH Zürich	Prof. P. Rieder Dr. U. Bernegger
<i>Wirtschaft</i> GfS-Forschungsinstitut	Dr. W. Ebersold
<i>Arbeit</i> Univ. Bern	PD Ruth Meyer F. Zulauf
<i>Markt</i> HSG / GfS-Forschungsinstitut	Dr. R. Schoch
<i>Geld</i> H'schule St. Gallen	Prof. L. Schuster E. Straub
<i>Sicherung</i> H'schule St. Gallen	Prof. M. Haller

## Unabhängigkeit

<i>Freiheit</i> Univ. Fribourg	Prof. T. Fleiner
<i>Verteidigung</i> H'schule St. Gallen	Prof. A. Riklin B. Laggner
<i>Welt</i> Univ. Zürich	Prof. D. Frei †

Die  
Schweiz  
im  
Spiegel

Presseerzeugnisse

Wissen,  
Meinungen,  
Verhalten.

Elektr. Medien



GfS-Forschungsinstitut  
der Schweizerischen  
Gesellschaft  
für praktische Sozial-  
forschung Zürich

Firmen der  
Wirtschaft

Postfach 546 8027 Zürich  
Telefon 01 / 202 07 87

Konzeption, Planung  
Mittelbeschaffung,  
Koordination,  
Befragung, Tabellierung  
und Verbreitung der  
Ergebnisse

Verbände



Politische  
Parteien

Zukunftsgerechtes,  
ganzheitliches Forschen  
dank enger Kooperation  
von Wissenschaft  
und Praxis.

Staatliche  
Verwaltung

Initiant / Projektleiter  
Dr. Werner Ebersold  
UNIVOX-Koordination :  
Daniela Erb, lic.oec.  
VOX-Koordination :  
Claude Longchamp  
lic.phil.hist.

Andere

P.P.



8001 Zürich

**GfS**

GfS-Forschungsinstitut in Zusammenarbeit mit 20 Hochschulinstituten

## **DATENBANK FÜR ÖFFENTLICHKEITSARBEIT, GESELLSCHAFT, WIRTSCHAFT UND STAAT**



Umfassende Umfrageergebnisse über Wissen,  
Einstellungen und Verhalten in den Bereichen  
Alltag, Wirtschaft, Politik und Welt

Vor mehr als 10 Jahren ist **VOX** – die Nachanalyse aller eidg. Abstimmungen und Wahlen – aus der fruchtbaren Zusammenarbeit von Praxis und Wissenschaft entstanden.

Ausgehend vom gleichen Grundgedanken, thematisch jedoch erheblich erweitert werden die **VOX**-Analysen seit 1986 durch eine neue Forschungsreihe ergänzt: **UNIVOX** – einer ganzheitlich angelegten Datenbank zu

- **Leben in der Schweiz** (untergliedert in die Stichworte Gesellschaft, Wohnen, Gesundheit, Kultur, Ausbildung, Freizeit, Kommunikation, Verkehr und Umwelt);
- **Staatliche Gemeinschaft** (Staat, Demokratie, Recht, Staatsfinanzen, Sozialversicherungen);
- **Wirtschaftliches Fundament** (Wirtschaft, Arbeit, Markt, Geld, Landwirtschaft und Sicherungen) und
- **Unabhängigkeit** (Freiheit, Verteidigung, Versorgung und Welt).

Jedes Jahr werden die Stichworte einmal ausführlich befragt, sodass laufend aktuelle Umfrageergebnisse zur Verfügung stehen, aber auch zeitliche Trends ersichtlich werden.

Mehr als 20 Hochschuldozenten mit ihren Assistenten und Assistentinnen in Basel, Bern, Fribourg, Genf, Lausanne, St. Gallen und Zürich kooperieren mit der GfS, bereiten die Untersuchungen vor und kommentieren das von ihnen betreuten Sachgebiet (vgl. auch Rückseite).

Zum Stichwort «Staat» wurden beispielsweise die folgenden Schwerpunkte befragt: Zufriedenheit mit der schweizerischen Politik – Erfahrungen mit verschiedenen staatlichen Stellen – Einstellungen zu Kollegialsystem, Konkordanzdemokratie, Milizparlament oder Föderalismus – dringlichste Probleme der Gegenwart zuhause der Behörden – Problemlösungsfähigkeit des Staates – Umfang der Staatstätigkeit und Aufgabenverteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden.

**UNIVOX** ist ein unentbehrliches Grunddaten-Informationswerk für Volkswirtschaftliche Abteilungen, Redaktionen, PR-Stellen und Verwaltungen. Führende Medien, Banken, Versicherungen, Chemiefirmen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen, Parteien und andere mehr haben **UNIVOX** bereits abonniert.

Gerne informiert Sie die GfS über die Anwendungsmöglichkeiten von **UNIVOX** in Ihrer Organisation. Fordern Sie ausführliche Unterlagen an bei:

GfS-Forschungsinstitut, Postfach 546, 8027 Zürich

Telefon 01 / 202 07 87